

EINWOHNERRAT

Protokoll

Der 21. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 22. Mai 2014
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 – 21.15 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Andreas Bammatter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Gertrud Schaub, Gemeindeverwalterin a.i.
Nils Wicki, Rechtsdienst/Volontär

Gäste:

Entschuldigt: Peter Brack, Bruno Gadola, Barbara Selinger

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 32 Anwesende = 22
18.45 Uhr, 33 Anwesende = 22
19.00 Uhr, 35 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 19.02.2014, und der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente vom 25.03.2014, betreffend **Totalrevision Feuerwehrreglement**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4182 / A
 2. Bericht des Gemeinderates vom 02.04.2014, betreffend **Kanalisationsumlegung Kiesstrasse – Hegenheimermattweg, Nachtragskredit**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4186
-

-
3. Interpellation von Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion, vom 20.01.2014, betreffend
30 Jahre Partnerschaft mit Pfullendorf
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4176
4. Motion von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Matthias Häuptli
und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 22.01.2014, betreffend
Transparenz bei den Vergütungen und Nebeneinkünften des Gemeinderates
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme als Postulat
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4177
5. Postulat von Bruno Gadola, Armin Bieri, Jean-Claude Bourgnon, Simon Maurer,
Andreas Bammatter und Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 22.01.2014,
betreffend **Honorar – Affäre BL: Was ist auf Gemeindeebene nötig?**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4178
6. Motion von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler
und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 17.06.2013, betreffend
Schulraumbedarf
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4142

Donnerstag, 22. Mai 2014, 18.00 Uhr

7. Bericht des Gemeinderates vom 09.04.2014, betreffend
Generelle Leistungsüberprüfung
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4165A

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 21 vom 22. Mai 2014

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Andreas Bammatter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Andreas Bammatter, Präsident: Guten Abend. Nachdem wir gestern die Traktandenliste so belassen haben, fahren wir formell mit Traktandum 7 weiter. Zuerst machen wir die Präsenzkontrolle und dann gibt es noch zwei kleine Rückkommen.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Andreas Bammatter, Präsident: Nachdem wir gestern Abend ein paar juristische Finessen hatten, kündige ich an, dass es erst dann, wenn die Grünen nominiert haben und die Person nachgerückt ist, diese Ergänzung im Büro gibt. Das heisst, die Einladungen laufen normal weiter für die nächste Bürositzung. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass wir beim Feuerwehreglement doch noch etwas vergessen haben. Das holen wir jetzt der Form halber nach. Weil wir dem Inhaltsverzeichnis gefolgt sind, haben wir die Paragraphen 4 „Feuerwehrkommando“ und 13 „Orientierung der Behörden“ vergessen. Wenn es dazu keine Wortmeldungen gibt, dann ist dieser genehmigt.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Heute erleben Sie, was eine schnell-schaffende Verwaltung ist. Sie haben gestern Abend diverse Änderungen im Feuerwehreglement beschlossen und heute Mittag habe ich bereits Bescheid erhalten, dass etwas schiefgelaufen ist. Bei Paragraph 16 haben wir beschlossen, dass sich Alleinerziehende und Schwangere nicht von der Ersatzabgabe befreien können. Es gibt dort eine Ziffer 2, welche sagt, dass sich genau diese bei der Abteilung Steuern melden sollen. Wir können also diesen Absatz 2 ebenfalls streichen. Dies zu Paragraph 16. Wir haben Paragraph 20 Bussen gestrichen. Aber in Paragraph 19 steht, dass es Bussenverfügungen gibt, wo man Appellation erklären kann. Wenn das Reglement keine Bussen vorsieht, dann muss man auch nicht erklären, wie man damit umgehen muss, wenn man nicht einverstanden ist. Darum kann in Paragraph 19 der Absatz 3 ersatzlos gestrichen werden. Es ist dann bereinigt und macht Sinn. Ich bitte Sie dem zuzustimmen.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich frage den Rat an, ob jemand dagegen ist? Das ist nicht der Fall.

://:

Diese Änderungen werden stillschweigend genehmigt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des Gemeinderates vom 09.04.2014, betreffend

Generelle Leistungsüberprüfung

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4165A

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Erlauben Sie mir einleitend ein paar Bemerkungen zu diesem wichtigen Geschäft Generelle Leistungsüberprüfung. Zuerst etwas Grundsätzliches zum Bericht der heutigen Sitzung. Dem Gemeinderat war es wichtig, Ihnen transparent alle besprochenen Massnahmen im Hinblick auf mögliches Einsparpotential aufzuzeigen. Darum finden Sie in dem Bericht Generelle Leistungsüberprüfung alle Massnahmen, welche wir im Gemeinderat überdacht haben. Es sind darum auch Massnahmen dort drin, welche wir am Schluss verworfen haben. Dazu gehört unter anderem die Massnahme Abschaffung des Einwohnerrates. Ich habe gestern gehört, dass man nicht im Ernst daran glauben kann, dass dies eine konkrete Idee sein kann. Es ist tatsächlich so, der Gemeinderat hat diese Idee verworfen, aber er hat sie angedacht. Er hat sie angedacht, weil es ein gewisses Sparpotential gäbe. Im 2015 wären es CHF 45'000 und danach rund CHF 90'000. Es ist selbstverständlich dem Einwohnerrat überlassen, letztlich darüber zu beschliessen. Die Budgethoheit liegt generell beim Einwohnerrat. Gestern habe ich auch gehört, dass es um Erbsenzählerei oder sogenannte Peanuts geht. Wie Sie bestens wissen, sind rund 85% von unseren Ausgaben gebundene Ausgaben. Das sind Ausgaben, wo kein Veränderungspotential besteht. Nur rund 15% von unseren Ausgaben sind

veränderbar. In Franken gesprochen sind das rund CHF 12'000'000. Das können wir verändern, mehr nicht. Im Verhältnis zu den 85%, dies sind rund CHF 68'000'000, sieht man, dass es letztlich bei Sparmassnahmen nicht anders geht. Wir müssen auch über kleinere Themen diskutieren. Die Hoffnung, dass es neben den aufgezeigten Möglichkeiten auch solche gibt, bei denen wir ohne weiteres auf einen Schlag eine riesige Summe einsparen, möchte ich nicht im Vornherein begraben, denn die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt, aber ich muss Ihnen sagen, dass diese Hoffnung nicht allzu hoch eingeschätzt werden darf, das ist kaum realistisch. Eine grosse Leistungskürzung ist politisch viel schwieriger durchzusetzen und es ist viel schwieriger Mehrheiten zu finden. Ich kann gerne ein Beispiel unserer Nachbargemeinde Binningen nehmen, die Aufhebung des Jugendfreizeithauses oder die Schliessung des Hallenbades. Ich persönlich und der Gesamtgemeinderat sind der Meinung, dass dies kein gangbarer Weg ist. Es ist zu befürchten, dass dieser Vorschlag im Einwohnerrat keine Mehrheit findet. Was steht dann am Ende zur Diskussion? Eine Steuererhöhung. Und genau das möchte der Gemeinderat im Grundsatz nicht. Der Gemeinderat hat einen anderen Weg gewählt. Viele kleine Leistungskürzungen bringen letztendlich auch etwas. Der Gemeinderat hat Ihnen vorgeschlagen, diese Spezialkommission zu bilden mit dem Auftrag, die generelle Leistungsüberprüfung zu analysieren. Wir sind davon ausgegangen, weil wir dies so abgemacht haben, dass die Spezialkommission bestückt ist mit je einem Mitglied aus den Fraktionen. Das Papier Generelle Leistungsüberprüfung wurde rechtzeitig zugestellt und Sie konnten es in den Fraktionen diskutieren. Nachher wurde dies von den Fraktionen an die Person weitergegeben, welche Einsitz in der Spezialkommission hatte. Man darf also auch ein bisschen davon ausgehen, dass der Entscheid der Spezialkommission realistisch ist und zu einem Entscheid hier drin führt.

Noch ein paar Ausführungen zum Vorgehen bei der Beratung dieses Geschäfts. Sie haben gesehen, dass es drei Gruppen von Massnahmen sind, welche wir Ihnen aufgelistet haben. Gruppe A sind Massnahmen, welche im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegen. Gruppe B sind Massnahmen, welche im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegen. In der Gruppe C haben wir Massnahmen aufgeführt, welche noch vertieft analysiert werden müssen und welche zu einem späteren Zeitpunkt budgetwirksam werden. Die Massnahmen in der Kompetenz des Gemeinderates werden Ihnen nur in Anführungs- und Schlusszeichen zur Kenntnis gebracht. Sie sehen, wo der Gemeinderat konkrete Sparmassnahmen für das Budget 2015 sieht und das Budget so erstellen wird. Über diese Massnahmen können Sie heute nicht einzeln abstimmen. Sie können aber Ihre grundsätzliche Haltung dazu äussern. Das ist dem Gemeinderat wichtig, dies zu hören. Wenn in einem zweiten Schritt das Budget erstellt ist, dann können Sie budgetwirksam einwirken mit den Budgetpostulaten. Bei den Massnahmen in Gruppe C verhält es sich gleich. Auch diese können Sie nur zur Kenntnis nehmen. Sie werden dann sehen, in welche Richtung der Gemeinderat bezüglich der Sparmassnahmen gehen wird. Der Gemeinderat interessiert sich für Ihre Meinung und Haltung sehr, bitte äussern Sie sich.

Bei den Massnahmen der Gruppe A, welche in Ihren Kompetenzbereich fallen, können, dürfen und müssen Sie zu jeder Massnahme beschliessen, ob sie umgesetzt werden soll oder nicht. Der Vollzug von Ihrem Entscheid liegt dann wieder beim Gemeinderat. Geplant ist dazu im Herbst eine Sammelvorlage, wo Sie die entsprechenden Reglementsänderungen sehen. Es ist bekannt, die Massnahmen, welche in den Kompetenzbereich des Einwohnerrates fallen, brauchen letztlich eine Reglementsänderung. Die Reglementsänderung kommt dann auch wieder hier rein und darüber müssen Sie dann wieder entscheiden. Selbstverständlich werden Sie bei der konkreten Sammelvorlage nochmals die Möglichkeit haben, zum geplanten Massnahmenvollzug, zur Reglementsänderung, Stellung zu nehmen und nochmals zu entscheiden, ob Sie das so möchten. Es ist richtig, wie es der Einwohnerratspräsident gestern ausgeführt hat. Es ist zweigeteilt in eine erste Lesung und in eine zweite Lesung. Die erste Lesung ist heute. Die zweite Lesung ist die Reglementsänderung, dies bei den Massnahmen, die in Ihren Kompetenzbereich fallen. Ich freue mich auf eine angeregte Diskussion.

Stefan Tomek, Präsident Spezialkommission: Die Spezialkommission hat an einem Samstag die Arbeit aufgenommen in Anwesenheit von zwei Gemeinderäten und der Gemeindeverwalterin. Wir sind diese Massnahmen durchgegangen, wir haben ein bisschen getrickst. Wir haben nicht mit den Massnahmen A und B angefangen, sondern mit den Massnahmen C. Wir waren dort der Meinung, dass mehr Fleisch am Knochen ist und dass diese wichtiger sind als die Massnahmen A und B. Massnahmen A und B sind auch wichtig, aber die Massnahmen C sind langwieriger und haben mehr Abklärungsbedarf. Wir haben während dieser Sitzung erkannt, dass beim Gemeinderat und bei der Verwaltung der Sparwille gegeben ist. Wir hatten eine gute Basis, um zu diskutieren, was in den Fraktionen besprochen wurde, und um darüber abzustimmen. Nach ein paar Stunden konnten wir erfolgreich schliessen, wir haben das ganze Programm durchbekommen.

Andreas Bammatter, Präsident: Bestreitet jemand das Eintreten, nachdem wir gestern eine quasi Eintretensdiskussion hatten? Das ist nicht der Fall, wir können somit fortfahren. Ich möchte persönlich

einen Dank aussprechen. Nachdem wir als Rat bei der Budgetdebatte den Gemeinderat aufgefordert haben, sich diesem Thema anzunehmen, haben viele Leute, Spezialkommission, Gemeindeverwaltung, Gemeindeverwalterin, Gemeinderäte und wir in den Fraktionen viel Arbeit geleistet. Heute Abend soll in geordneten Bahnen Ausdruck gegeben werden, wo und wie das Budget beeinflusst werden soll. Damit dies gut läuft, bitte ich um kurze Voten. Ich bitte darum, möglichst bei den einzelnen Produkten zu bleiben, damit man es im Protokoll lesen kann. Dieter Pfister ist zwar hier, aber er hat auch eine Stütze, wenn er das Protokoll liest, damit er als einer der Hauptverantwortlichen für das Budget dies umsetzen kann.

Ich frage zuerst den Rat an, ob er zu Seite 1 bis 5 etwas sagen möchte. Ansonsten beginnen wir auf Seite 5 mit Punkt 5.1 Massnahmen Gruppe A im Kompetenzbereich des Einwohnerrates. Gibt es vorher noch allgemeine Voten?

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte kurz allgemein etwas zur ganzen Vorlage im Namen der FDP-Fraktion sagen. Uns ging es so wie vielen im Rat, nämlich dass wir zuerst fanden, dass dies alles kleine Massnahmen sind. Wir haben dann bemerkt, dass auch die vielen kleinen Massnahmen einen namhaften Betrag geben werden. Wir werden uns heute Abend nur noch punktuell zu einzelnen für uns wichtigen Punkten äussern. Uns ist es sehr wichtig, dass wir heute Abend Zeit haben für die Gruppe C. Dort werden die grossen Brocken sein. Wir hoffen, dass es wie in der Spezialkommission auch hier abläuft, nämlich dass wir alle am gleichen Strang ziehen und zum Teil über den eigenen Schatten springen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es wurde viel Arbeit geleistet, das ist richtig. Gestern haben wir einen Rückblick gemacht auf die letzte Budgetdebatte. Ich hatte die Absicht, dass mehr gespart wird und auf eine andere Art und Weise. Nämlich hätte man sagen können, dass jedes Departement, ich nenne jetzt eine Beispielzahl, eine halbe Million einsparen soll. Was hier vorliegt, ist ein bisschen etwas, es ist Rosinenpickerei. Es sind auch Gebührenerhöhungen, das stört mich. Das ist nicht sparen, das ist Geld reinholen. Es war in der letzten Budgetdebatte deutlich, dass wir klar nicht einverstanden waren, auch wenn man mit einer Stimme mehr gejubelt hat. Ich hätte heute mehr erwartet beim Sparen. Ich möchte nicht die Arbeit rügen, die geleistet wurde. Ich hätte mehr erwartet und vielleicht anders aufgegleist.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir sind der Meinung, dass das ganze Sparpaket zu spät kommt. Es ist seit zwei bis drei Jahren absehbar und bekannt, dass wir dunkle Wolken am Finanzhimmel haben. Es ist auch bekannt, dass wir ein strukturelles Defizit haben, welches sich seit zwei Jahren abzeichnet. Vor über 1,5 Jahren hat die BDO vom Gemeinderat ausdrücklich verlangt, dass wir eine detaillierte Verzichtsplanung machen. Bis hierhin ist nichts passiert. Es ist erst dann etwas passiert, als die Fireko Ende des letzten Jahres verlangt hat, dass wir das strukturelle Defizit beheben. Mit anderen Worten, der Gemeinderat hat mit dem jetzigen Sparpaket viel zu lange gewartet, und es erst auf Druck der Fireko gemacht. Das Sparpaket ist auch nur sehr punktuell. Wir sparen hier CHF 1'000'000 und klammern wichtige Bereiche völlig aus. Es fehlt uns ein umfassendes Sanierungspaket, welches aufzeigt, wie wir das gesamte Defizit von CHF 8'000'000 beseitigen können. Es ist für uns unverständlich, weshalb der Gemeinderat die C-Massnahmen erst im Herbst 2014 in Angriff nimmt, also mit über zwei Jahren Verspätung. Unser Fazit ist: To late and to little, also zu spät und zu wenig. Nicht zuletzt möchten wir aber sparen und werden den meisten Sparanstrengungen zustimmen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Man kann in der Tat darum streiten, ob die C-Massnahmen zu spät kommen oder wesentlich wertvoller sind als die vorliegenden Massnahmen. Wir meinen, dass das vorliegende Paket ein wichtiger Anfang ist und dass wir dies unbedingt in Angriff nehmen müssen. Man kann jetzt schon sagen, dass jedes Departement eine halbe Million einsparen soll. Aber solche Sparübungen lassen sich nicht im Hauruck-Verfahren bewältigen. Das weiss jeder, der zuhause einen privaten Haushalt führt. Auch dort gibt es Ausgaben, welche getätigt werden müssen. Wenn man sparen möchte, muss man teilweise recht lang überlegen, wo man am besten sparen kann. Man kann nicht einfach sagen, dass wir Geld sparen, indem wir die Sozialhilfe abschaffen. Das Gemeinwesen hat gewisse Aufgaben, welche erfüllt werden müssen. Das kostet halt Geld. Wenn man sparen möchte, dann muss man sich das gründlich überlegen, das kann nicht in einer Hauruck-Übung passieren.

Roland Naef, parteilos: Ich war leider durch meinen Status als Einzelmaske nicht in dieser Kommission, deswegen werde ich mich heute Abend vielleicht das eine oder andere Mal öfters melden. Sparen ist für mich etwas, das Sinn macht, und es soll nicht Leute oder kleine Gruppierungen strafen, welche zum Wesen einer 20'000 Seelengemeinde mit einem grossen Anteil an Life Sciences gehören. Mir fehlt der Wille, dort zu sparen, wo man es am Schluss spürt. Ich komme bei den einzelnen Punkten darauf zurück. Sparen heisst für mich auch, wenn man bei einem bewilligten Kredit probiert, kostengünstig zu arbeiten. Es ist egal, was man macht, dort muss man kostengünstig arbeiten. Dort zweifle ich manchmal daran, ob der Sparwille vorhanden ist. Wenn ich gewisse Sachen und Ausschreibungen anschau, dann stelle ich fest, dass, wenn ein Kredit da ist, mit vollen Händen ausgegeben wird. Dann wird bei einer nächsten Sitzung ein Nachtrag beantragt. Sparen ist ein viel grösserer Begriff, als dass wir es heute bei ein paar Positionen haben.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Gestern hat mich ein Kollege in der Pause gefragt, ob ich den Humor verloren habe. Wir haben den Antrag auf Absetzen gestellt. Ich habe ihm gesagt, dass ich in meinem mittelalterlichen Leben gelernt, dass ich immer in rund zehn Jahren recht habe. In diesem Sinn habe ich den Humor wirklich nicht verloren. Wir haben auch nicht wirklich damit gerechnet, dass wir mit dem Antrag durchkommen. Das ist logisch, so blöd sind wir nicht, wir können die Lage einschätzen. Aber jetzt komme ich zum Hauptaspekt, das andere war ein bisschen Spass. Mit diesem Antrag wollten wir auf zwei Sachen aufmerksam machen. Man sollte profiliert sparen. Wir sind nicht gegen das Sparen, wir sind für das Sparen. Und wir sollten als Gemeinde wirklich liquid bleiben für neue Aufgaben. Ich habe gestern das Freiraumkonzept genannt, welches auf die Umsetzung wartet. Ich erlaube mir, wenn solche Themen kommen und gesagt wird, dass man sich das nicht leisten kann, dann werde ich singen „Varia Sparia Ho“, weil ich es nicht gern habe, wenn man nicht liquid ist für wichtige Sachen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir sind nun auf Seite 5. Ich werde jede Massnahme zur Diskussion geben und wir stimmen über jede Massnahme ab. Umsetzen oder Verzicht. Es gibt keine Zwischenanträge.

Massnahme 1: Abschaffung Einwohnerrat

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es einen Gegenantrag zum Verzicht? Das ist nicht der Fall.

://:

Diese Massnahme wird somit nicht umgesetzt.

Massnahme 2: Reduktion der Einwohnerratsmitglieder von 40 auf 30

Empfehlung Gemeinderat Umsetzen

Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Roland Naef, parteilos: Eine Verkleinerung des Einwohnerrates wäre vermutlich effizienter. Ich warne davor, dass es vor allem für kleine Parteien und Splittergruppen sehr schwer sein wird, überhaupt im Einwohnerrat Einsitz zu nehmen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: In Reinach wird ein neuer Gemeinderat gewählt, Herr Endress. Ich habe ein Interview gehört, wo er gefragt wurde, was er von Verkleinerungen der Räte hält, Gemeinderat und Einwohnerrat. Seine Antwort war einfach: Das ist eine Lachnummer, mehr nicht. Wir sind jetzt 30 Leute hier drin, drei fehlen wegen dem Schulrat. Wenn wir 30 sind, dann fehlen vielleicht auch 3 wegen dem Schulrat. Wir werden kleiner, weniger Schultern, weniger Köpfe, mehr Engagement. Wir werden schwächer gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung, wir beschneiden uns selber. Wenn wir in den Kommissionen anstelle von sieben Personen nur noch fünf sind, zum Beispiel in der Fireko, dann kann man das nicht mehr machen. Das kann man dann grad einer Treuhand geben, und das wird teurer. Die Fireko kann nur noch den politischen Segen dazu geben. Sie haben gar keine Chance mehr, dies zu machen. Das Zeitgefäss, welches wir aufwerfen, müsste noch grösser werden. Das ist eine Lachnummer.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir haben das auch diskutiert in unserer Fraktion. Wir sind zum einhelligen Schluss gekommen, dass bei einer Gemeinde mit 20'000 Einwohnern die Volksvertretung nicht kleiner werden soll, als dies im Moment der Fall ist. Wir sind gegen diese Massnahme und für die Beibehaltung der 40 Einwohnerräte.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich möchte das von der FDP unterstützen, was die Vorredner gesagt haben.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen über diese Massnahme ab.

://:

Auf diese Massnahme wird einstimmig verzichtet.

Massnahme 3: Reduktion der Mitglieder des Gemeinderates von 7 auf 5

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen über diese Massnahme ab.

://:

Auf diese Massnahme wird einstimmig verzichtet.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir sind etwas unsicher. Hätte man einen Gegenantrag stellen können?

Andreas Bammatter, Präsident: Natürlich, Sie hätten sagen können, dass Sie für die Umsetzung sind. Ich habe gefragt, ob jemand den Gemeinderat von 7 auf 5 verkleinern möchte. Es kam keine Wortmeldung, deshalb habe ich angenommen, dass alle einverstanden sind, sodass wir es bei sieben belassen.

Massnahme 4: Abschaffung der Umweltkommission

Empfehlung Gemeinderat Umsetzen

Empfehlung Spezialkommission Umsetzen

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Als ich das gelesen habe, dachte ich, dass das nicht sein kann. Heute eine Umweltkommission abzuschaffen, das geht gar nicht. Wir leben alle mit der Umwelt und alle finden sie wichtig. Aber seit zwei Jahren wurde die Umweltkommission nicht gebraucht, auch die letzten vier Jahre 2008 bis 2012. Entweder haben wir keine Umweltprobleme oder keine Probleme, wo diese Umweltkommission etwas dazu sagen kann. Wenn es so ist und man denkt, dass man keine Umwelt mehr braucht, dann kann man sie streichen. Aber vielleicht ist es nötig, dass man dies jetzt mal liest. Für mich war es ganz neu, für andere vielleicht nicht. Wir wissen jetzt, dass man es abschaffen möchte. Ich finde, dass wir dies irgendwie behalten sollten.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Mein Votum steht in Zusammenhang mit Seite 16, wo es um die Naturschutzkommission geht. Beide Kommissionen arbeiten in einer ähnlichen Richtung. Wenn wir beide Kommissionen wegmachen, was hier das Ziel ist, dann haben wir weder eine politische Kommission noch eine fachliche Kommission mehr. Wir haben mit der Umweltkommission einen Biobauer angeschaut. Wir waren alle begeistert und das ging durch wie ein Glacé, das wurde grad aufgeschleckt. Beide Kommissionen waren eingeladen beim Industriegebiet Bachgraben mit dem Elsass zusammen wegen einer Naturschutzzone. Ich habe zu Robi Vogt gesagt, dass er eine Abstimmung hier drin machen soll, um dies zu stützen. Das war einstimmig, beide Kommissionen. Diese Kommissionen sind auch hier, um euch politisch und fachlich zu unterstützen. Dass ihr beide schliessen möchtet, verstehe ich nicht. Ich

finde es schade, dass die Unterstützung für euch wegfällt, aber auch bei uns im Einwohnerrat verlieren wir etwas. Beide Seiten verlieren.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion sind für die Umsetzung. Wir haben klar den Anspruch, dass die Aufgabe der Umweltkommission, und ich kann auch grad zur Naturschutzkommission sprechen, in die VPK übergehen und von dieser Kommission gebührend wahrgenommen werden sollen.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Wir in der GLP/BDP-Fraktion haben auch gestutzt, dass man eine Umweltkommission abschaffen möchte wegen CHF 500. Das könnte so daherkommen, als ob man die Umwelt gering schätzt. Wir sind zum gleichen Ergebnis gekommen wie die FDP. Umweltfragen hängen auf Gemeindeebene besonders häufig mit Verkehrs- und Planungsfragen zusammen. Darum werden wir unterstützen, dass die Umweltkommission nicht ersatzlos abgeschafft wird, sondern zusammengelegt wird mit der Verkehrs- und Planungskommission, und es dann eine Verkehrs-, Planungs- und Umweltkommission gibt.

Roland Naef, parteilos: Ganz abschaffen würde ich die Umweltkommission im 2014 sicher nicht. Natur und Umwelt gehört zusammen. Eine Natur- und Umweltschutzkommission ist eine Kommission. Eine wird eingespart und die andere besteht bereits. Beide haben von der Sache her das gleiche Thema.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen über diese Massnahme ab.

://:

Diese Massnahme wird grossmehrheitlich umgesetzt.

Massnahme 5: Übertrag der Steuerveranlagung an den Kanton

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Umsetzen

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir haben abgeklärt, was eigentlich die Einsparung ausmacht. Uns war nicht ersichtlich, weshalb wir CHF 50'000 einsparen, wenn die Veranlagung vom Kanton vorgenommen wird und nicht von der Gemeinde. Der Grund liegt darin, dass die Kantonsangestellten effizienter arbeiten. Das heisst, sie machen mehr Veranlagungen pro Tag als die Gemeindeangestellten. Wenn das wirklich so ist, dann leuchtet es uns nicht ein, weshalb die Gemeindeangestellten nicht auch produktiver arbeiten können wie die Kantonsangestellten. Dann könnte man die CHF 50'000 auch intern einsparen. Wir könnten uns dann die Verschiebung der Angestellten zum Kanton sparen, und es hätte den Vorteil, dass wir einen kundenfreundlichen Dienst in der Gemeinde beibehalten können. Wir sind für das Sparen, aber wir sind gegen die Verschiebung der Angestellten zum Kanton und gegen die Übertragung der Steuerveranlagung an den Kanton.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir von der FDP sind für die Übertragung der Steuerveranlagung zum Kanton. Wie mein Vorredner gesagt hat, werden dort mehr Steuerveranlagungen in der gleichen Zeit durchgeführt. Wir sind nicht davon überzeugt, dass wir hier in Allschwil durch eine genauere Kontrolle so viel Geld einsparen, wenn man schneller drüber geht. Wenn man genau kontrolliert, dann findet man auch kleinere Sachen, welche wieder dazu führen, dass die einzelnen veranlagten Leute nachfragen oder sogar eine Einsprache erheben. Wir sind davon überzeugt, dass wir ganz gute Leute auf der Gemeindeverwaltung haben, die das tun. Diese können wir sehr gut dem Kanton empfehlen, damit sie vom Kanton übernommen werden. Die Einsparung ist nicht allzu gross, was bei den Steuerveranlagungen selber eingespart werden kann. Zu bedenken ist auch, dass wir auf der Gemeindeverwaltung langsam aber sicher ein Platzproblem mit den Büros haben. Wenn es hier eine Verschiebung gäbe, dann hätten wir dort ein bisschen Luft, damit man sich nicht bereits wieder fremd irgendwo einmieten muss.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Nachdem meine Vorrednerin und mein Vorredner vor allem technisch argumentiert haben, möchte ich ein politisches Argument hier einfließen lassen. Man kann

nicht als Gemeinde mehr Handlungsspielraum und Kompetenzen wollen und dann so etwas Zentrales wie die Steuerveranlagung dem Kanton übergeben. Das ist ein Widerspruch. Wir verlieren zudem, das ist uns wichtig, Bürgernähe. Wir bitten Sie darum, auf die Umsetzung dieser Massnahme zu verzichten.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Mein Vorredner hat mir das Wort in den Mund gelegt. Wir haben das in der Fraktion auch diskutiert. Wir kamen auch bezüglich der Bürgernähe zum Schluss, dass wir diese Massnahme eher nicht umsetzen sollten. Kathrin Gürtler hat gesagt, dass wir sehr gute Mitarbeitende haben bei der Steuerveranlagung, dies ist ein Grund mehr, sie zu behalten und nicht nach Liestal abzuschicken. Was das Platzproblem angeht, da habe ich mir aus gut unterrichteten Kreisen sagen lassen, dass in Liestal das Platzproblem auch besteht. Wir würden dann einfach ein Problem zum Kanton verlagern, das ist auch nicht gut.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Wir sind auch nicht für die Umsetzung dieser Massnahme. Allerdings gibt es hier einen versteckten Vorwurf an die Gemeinde, nämlich dass zu wenig effizient gearbeitet wird. Ist hier ein kurzes Votum vom verantwortlichen Gemeinderat möglich, um zu diesem versteckten Vorwurf Auskunft zu geben?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich nehme dir das ab und sage grad noch etwas anderes dazu. Es gibt noch ein Argument, welches ich noch nicht gehört habe und das noch wichtig ist. Sie konnten in der Presse verfolgen, dass geplant ist, unseren Kanton in Regionen einzuteilen, also die Regionalisierung voranzutreiben und die Zusammenarbeit unter den Gemeinden zu fördern. Allschwil ist auch involviert, das Gremium heisst Leimental Plattform Leimental Plus. Nicht gerade der wunderbarste Name, aber er wurde so gewählt. Die Regionalisierung bringt unter anderem ein Thema, nämlich dass die Gemeinden zusammenarbeiten bezüglich der Steuerveranlagung. Das ist etwas, wo wir uns einbringen könnten. So könnten wir den Batzen und das Weggli haben, sprich mit den Kosten runterkommen und trotzdem die qualitativ gute Arbeit unserer Steuerveranlager weiterhin nutzen. Das heisst auch, dass die Steuererklärungen genauer angeschaut werden. Je genauer eine Steuererklärung angeschaut wird, desto mehr Steuerertrag resultiert daraus. Dies die Antwort zur Frage bezüglich des Vorwurfes. Ich schaue es nicht als Vorwurf an, sondern als Aussage. Es ist eher ein Vorwurf gegen den Kanton, der dies nicht so genau nimmt. Es ist sowieso ein Thema im Graubereich. Es ist besser, wenn wir die Veranlagungen bei uns lassen, dann haben wir alles in der Hand. Wir können schauen, wie es mit der Regionalisierung weitergeht, dort sehen wir noch Sparpotential.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Zuerst eine Frage an Franz Vogt. Gibt es bezüglich der Effizienz, die wir vorhin gehört haben, Regelungen auf der Gemeinde? Wie viele Steuererklärungen müssen pro Tag erledigt werden und gibt es da Differenzen? Zur Anmerkung Plattform Leimental. Die Gemeinde Allschwil macht bei der KESB Leimental mit. Von dort wissen wir, dass wir überall nur Umstände und Mehrkosten haben. Wenn ich jetzt Leimental Plus höre, dann tönt das Plus nach mehr Kosten. Die SVP wird die Meinung der FDP teilen, wir sind auch der Meinung, dass man dies auslagern kann.

Franz Vogt, Gemeinderat: Danke für die Fragen. Ob es wirklich konkrete Vorgaben gibt, kann ich so nicht sagen. Mir wurde von meinen Leuten gesagt, dass sie neun bis zehn Veranlagungen pro Tag machen. Beim Kanton seien es circa 15 Stück pro Tag. Klar ist, dass man mit 15 Stück pro Tag nicht so genau hinschauen kann. Es wird dort offensichtlich gesagt, dass die kleineren Beträge nicht so genau kontrolliert werden sollen. Meine Leute sagen, dass auch Kleinvieh Mist macht. Es wird geschätzt, dass ungefähr Abzüge von rund CHF 300'000 zu viel gemacht werden. Das ist eine Schätzung, da kann niemand das Gegenteil behaupten, das wissen wir nicht. Das ergäbe dann rund CHF 300'000 Minderertrag.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Es wurde der Vergleich zur KESB Leimental angebracht und dass dort die Kosten explodiert seien. Das liegt daran, dass die KESB die ehemaligen Vormundschaftsbehörden ablösen. Die ehemaligen Vormundschaftsbehörden waren nebenamtliche Behörden und die sind jetzt professionalisiert worden durch die KESB. Das kostet natürlich Geld.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Ich bin auch klar dafür, dass wir die Steuerverwaltung bei uns behalten. Ich möchte Kathrin Gürtler widersprechen bezüglich der Effizienz. Man muss Steuererklärungen genau

anschauen, weil es nicht bezifferbar ist, wie viel durch die Lappen geht. Wenn die Leute wissen, dass man ein bisschen schludern kann, dann wird es noch viel schlimmer. Darum sollten wir dies unbedingt bei uns behalten.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte nur etwas zur Genauigkeit der Kontrolle der Steuererklärung sagen, aus eigener Erfahrung. Bei mir ist es passiert, dass der Bankabzug kontrolliert wurde. Ich denke nicht, dass eine Bank falsche Angaben macht oder sicher nicht auf Gemeindeebene, sondern eher beim Kanton.

Stefan Tomek, Präsident Spezialkommission: Der Gedanke in der Kommission war, dass wir sparen möchten. Was wir jetzt alles hier gehört haben, sind nette und interessante Sachen. Fakt ist, dass wir circa 600 Stellenprozent auf der Payroll haben. Wenn wir die weghaben, dann haben wir 600% weniger Kosten. Das ist einfach. Ihr überschätzt den Freiraum, den ein Veranlager hat. Er hat keinen grossen Spielraum. Das wird heute EDV-technisch gemacht. Vielleicht in Allschwil noch von Hand. Beim Kanton läuft dies auf dem Bildschirm ab. Da kommt eine Meldung, dass diese Steuererklärung gegenüber dem Vorjahr abweicht. Und dann arbeitet der Veranlager. Ich sehe nur Vorteile, indem der Kanton dies macht. Er kann nachher auch zurückgreifen auf ein professionelles Inkassowesen, welches dafür garantiert, dass auch Verlustscheine bewirtschaftet werden. Darum bin ich sehr für diese Massnahme.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Sparen ist etwas sehr politisches und nicht einfach ein Franken im Soll und im Haben. Wir haben dies bereits in der Kommission diskutiert. Ich habe meine Meinung nicht geändert. Ich war auch damals bei der Minderheit, die für den Verzicht auf diese Massnahme war. Sparen ist der Hauptteil der heutigen Diskussion, aber wir sind auch ein politisches Gremium. Wir sind keine Buchhalterinnen und Buchhalter. Ich bitte Sie dies auch zu bedenken.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich habe eine kurze Frage zu den CHF 50'000, die eingespart werden. Vorhin wurde das Argument genannt mit der Stellenreduktion. Wurde das so eingerechnet? Auf was beziehen sich diese CHF 50'000 überhaupt? Wenn ich höre, dass man hier sechs Stellen sparen kann, dann müsste dies eine ganz andere Zahl geben.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Die rund 600 Stellenprozente, welche wir für die Veranlagung haben, fallen nicht auf einen Schlag sofort weg, wenn wir die Veranlagung an den Kanton geben. Einen Teil brauchen wir nach wie vor in Allschwil, rund 100 Stellenprozente. Man muss gegenüberstellen, dass wir dann auch etwas bezahlen für die Veranlagungen. Der Kanton macht dies nicht gratis. Wir müssen den Betrag, den wir heute erhalten, bezahlen, also die CHF 325'000. Wenn man diese Beträge zusammenstellt, dann ergibt dies am Schluss die Einsparung von CHF 50'000.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich hätte noch ein Wort zum Votum von Stefan Tomek. Wenn das Inkasso vom Kanton gemacht würde, dann sind das zusätzliche Kosten, die anfallen. Jetzt machen wir das Inkasso bei den Steuern. Das würde dann zusätzlich kosten, es fiel mal der Betrag von CHF 20 pro Steuerveranlagung. Man gibt dann grad nochmals ein Kerngeschäft aus der Hand. Das Inkasso würde dann direkt zum Kanton gehen und man erhält dann ab und zu eine Überweisung. So haben wir das grad drin und können es auch bewirtschaften. Es wäre sehr wichtig, dass dieses Kerngeschäft bei uns bleibt.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Diese Massnahme wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Massnahme 6: Keine Teuerung auf Löhne

Empfehlung Gemeinderat Verzichten

Empfehlung Spezialkommission Umsetzen

Roland Naef, parteilos: In der ersten Fassung der Sparmassnahmen haben wir noch viel mehr Punkte drin. Da steht zum Beispiel noch vor der Teuerung Abschaffung von Job-Tickets, REKA-Schecks etc. Wird das einfach übergangen oder wurde das erledigt in der Spezialkommission oder ist es Sache des Gemeinderates?

Andreas Bammatter, Präsident: Es ist im Teil B drin.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion ist für die Umsetzung dieser Massnahme. Wenn es umgesetzt wird, kommt es in die Reglementscommission. Dort würden wir schauen, dass es in die Einwohnerratskompetenz kommt. Der Einwohnerrat hätte in der Budgetdebatte die Kompetenz zu sagen, welche Teuerung wann und wie hoch ausgeschüttet wird. Wir machen keinen Antrag, ich sage einfach, dass wir in diese Richtung arbeiten würden.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir sind klar nicht für Umsetzen dieser Massnahme. Eine Sistierung von Lohnanstieg ist etwas extrem Demotivierendes für sämtliche Mitarbeitende. Ich habe das bei meinem Arbeitgeber auch zwei Jahre mitgemacht. Es hat die Personalfluktuaton im Spital Basel innerhalb von zwei Jahren verdoppelt. Das ist speziell für ältere Arbeitnehmende extrem demotivierend. Hier spart man vielleicht ein paar tausend Franken, aber man verliert extrem viel Know-how durch die Wechsel. Unter dem Strich hat sich dies hinten und vorne nicht rentiert. Wir sind klar gegen die Umsetzung dieser Massnahme.

Roland Naef, parteilos: Wenn ich kein Geld habe, dann kann ich auch keine Teuerung bezahlen. Als mittlerweile seit bald 30 Jahren selbstständig Erwerbender mit Angestellten kann ich sagen, dass man hier Geld sparen kann. Verzicht auf Teuerung, Verzicht auf automatische Lohnerhöhungen usw. Das finde ich ein Thema, das man angehen muss. Die Teuerung gehört gestrichen und wir haben CHF 150'000 gespart.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte unseren Vorschlag kurz und prägnant sagen. Wir sind dafür, dass der Einwohnerrat bei jeder Budgetdebatte über die Teuerung entscheiden kann, was er bis jetzt nicht kann.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich bin nicht ganz gleicher Meinung wie Armin Bieri. Das Geld kann nicht die Ursache sein, damit ich motiviert arbeite. Das Klima ist die Ursache, damit ich motiviert arbeiten kann. Es wird nicht genommen, es wird eingefroren. Ich habe das auch zehn Jahre mitgemacht und ich lebe heute noch. Wir hatten dadurch keine erhöhte Personalfluktuaton. Wir haben jetzt, wo es nicht so zufrieden zu und her geht im Betrieb, Krankheiten etc. und nicht damals. Es ist keine Kürzung, sondern man erhält während einer Zeit nicht mehr. Etwas, das man nicht hat, kann nicht plötzlich wehtun, wenn man es nicht erhält. Es ist eine faire Art und Weise zum Einsparen. Ich habe es auch mitgemacht und ich lebe heute noch und bis deswegen nicht kränker.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Die einzige Art und Weise wie man dies in der Budgetdebatte umsetzen kann, ist, dass wir jetzt dieser Umsetzung zustimmen, da es eine erste Lesung ist. Wirklich entscheiden tun wir dann erst beim Budget. Wir von unserer Fraktion empfehlen jetzt ja zu sagen zu dieser Massnahme.

Stefan Tomek, Präsident Spezialkommission: Ich wollte kurz präzisieren, dass wir hier von der Teuerung reden, die eingefroren werden soll, nicht der Stufenanstieg. Der Stufenanstieg ist nach wie vor da. Wir haben immer noch tolle motivierte Mitarbeitende, da sie alle zwei Jahre mit einem Lohnstufenanstieg rechnen dürfen.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Wir müssen aufpassen und auch die Konkurrenzsituation im Auge behalten. Wenn wir einmal auf die Teuerung verzichten, dann ist das kein grosses Problem. Macht man dies zwei- bis dreimal und andere Arbeitgeber verzichten nicht darauf, dann kann dies einen Rückstand geben, welcher bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Probleme geben kann.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe vorhin von Simon gehört, wegen Geld verlässt niemand den Arbeitsplatz. Drehen wir den Spieß um. Es heisst, dass wegen dem Geld die guten Steuerzahler weggehen. Eine spannende Auseinandersetzung. Was wir sicher nicht machen dürfen, ist, dass der Einwohnerrat über die Teuerung von den Mitarbeitenden der Verwaltung diskutiert. Es darf nicht sein, dass die Kindergärtnerin in Binningen einen anderen Lohn hat als hier. Es kann nicht sein, dass unsere Leute auf der Verwaltung andere Lohnentschädigungen erhalten als in anderen Gemeinden. Das machen wir genau so, wie es der Kanton vorgibt und das diskutieren wir nicht mit dem Budget.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Bei verschiedenen Arbeitgebern hat man für gleiche Positionen verschiedene Löhne. Das ist absolut normal und darüber kann man diskutieren.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen über diese Massnahme ab.

://:

Diese Massnahme wird mit 20 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen umgesetzt. Das gibt eine Reglementsänderung.

Es ist toll, wie wir diszipliniert arbeiten, so kann man es auch im Protokoll nachlesen. Wenn es weiter so geht, dann kommen wir durch. Wir müssen ein bisschen aufpassen mit der Länge der Voten, aber ansonsten ist es bestens so, danke.

Massnahme 7: Einmaliger Verzicht auf eine Lohnrunde 2015

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Roland Naef, parteilos: Ich möchte nicht verzichten, ich möchte auf diese Sparübung eintreten. Und zwar auch hier mit dem Argument aus der Privatwirtschaft. Ich kann nicht mehr Löhne zahlen, wenn ich nicht mehr Geld habe. Wenn ich kein Geld habe, dann kann ich nicht automatisch die Löhne erhöhen, dann muss ich diese einfrieren.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich mache mich heute Abend nicht beliebt, aber ich möchte trotzdem an euch ich sage jetzt nicht Verstand appellieren. Eine Firma, welche in eine Reorganisation geht, wird nicht nur bei der Produktion und beim Büromaterial sparen, sondern auch das Personal hilft mit beim Sparen. Wenn wir diesen Schuldenberg haben, dann sollten sich auch Gemeindeangestellte überlegen, ob sie nicht auch ihren Beitrag leisten und auf eine Runde verzichten. Ich habe vorhin gehört, dass die Motivation abfällt. Ich möchte jedem hier sagen, der Chef ist, wenn er ein paar Mal seine Mitarbeitenden lobt und Danke sagt für die Arbeit, dann kommt sehr viel Motivation zum Vorschein. Sparen ist auch in dieser Beziehung von Vorteil und sollte während einem Jahr für jeden akzeptabel sein.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion ist dafür, dass wir diese Massnahme umsetzen wieder in Bezug aufs Budget. Das heisst nicht, dass es im Budget letztlich bewilligt wird, aber wir müssen uns diese Option offen lassen. Löhne kürzen ist eine letzte Massnahme, falls keine anderen getroffen werden können. Wir müssen uns diese Option offen lassen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion sehen dies auch als letzte Massnahme. Im Moment möchten wir dies nicht umsetzen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Sie müssen sich bewusst sein, wenn diese Massnahme beschlossen wird, dass wir das Personal- und Besoldungsreglement ändern müssen. Das Personal- und Besoldungsreglement muss geändert werden, weil dort steht, dass der regelmässige Stufenanstieg alle zwei Jahre sein soll. Wenn Sie das ändern möchten, dann müssen wir das Reglement anpassen. Das ist eigentlich gleich wie vorhin bei der Frage nach der Teuerung. Es ist mir klar, dass die Verwaltung an diesen ganzen Sparmassnahmen mitarbeiten muss. Darum ist der Gemeinderat dieser Meinung, weil es wichtig ist, dass unsere Mitarbeitenden auf der Verwaltung auch weiterhin motiviert sind, damit wir das Schiff, welches momentan in nicht einfachen Gewässern fährt, gemeinsam steuern. Ohne diese Mitarbeit ist es nicht möglich, denn wir werden noch mehr Sparmassnahmen durchziehen müssen. Es heisst auch für die Mitarbeitenden, dass sie zusätzliche Arbeiten auf sich nehmen müssen. Es wird nicht alles im gewöhnlichen Rahmen weitergehen. Alleine diese Übung hat bereits zu zusätzlichen Aufwendungen bei einzelnen Mitarbeitenden geführt, vor allem bei den Hauptabteilungsleitern. Mit diesen Argumenten ist der Gemeinderat der Meinung, dass wir auf diese Massnahme verzichten möchten.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich hatte gestern bei unserem Betrieb einen Kurs bei der Proitera. Dort wurde ganz klar und mit Nachdruck gesagt, übrigens von einer linken Persönlichkeit, dass der Lohn nie ausschlaggebend sein darf, wo man arbeitet, sondern die Wertschätzung. Da hat die Gemeinde ein grosses Manko gegenüber den Mitarbeitenden, ansonsten wären nicht so viele Fluktuationen da. Das ist höher zu werten als das andere. Das hat eine Frau gesagt, die nicht aus dem rechten Lager, sondern aus dem linken Lager kommt. Es ist nicht das Geld alleine, das ausschlaggebend ist. Es geht um eine einmalige Einsparnis dieses Mal.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich war erstaunt über die Voten von Roland und Jacqueline, welche ich beide in der GPK sehr schätzen gelernt habe. Man probiert immer noch eine privatwirtschaftliche Firma mit einer Gemeinde oder mit dem Staat zu vergleichen. Genau in diesen Ländern, wo man dies durchgespielt hat, den Staat wie eine Privatwirtschaft zu führen, ist dies nicht gut herausgekommen. Grossbritannien wollte man wie eine Privatfirma führen, und man sieht, wie sie heute dastehen, oder auch die USA. Ich bitte Sie, dies im Auge zu behalten. Das ist ein Vergleich, der so nicht funktioniert. Ich bin auch erstaunt, wie sich der neoliberale Geist immer noch hartnäckig in gewissen Köpfen hält.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Ich bin nicht gleicher Meinung wie die FDP-Fraktion. Für mich brauchen die Mitarbeitenden auch ein wirtschaftliches Denken. Ein Mitarbeiter muss wissen, woher das Geld kommt. Im Moment haben wir eine Talsohle, also muss jeder seinen Obolus leisten. Es gibt bessere Zeiten und dann kann man wieder über bessere Löhne sprechen. Es ist alles besser, als am Schluss Kündigungen auszusprechen.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte betonen, dass in England und Amerika die Reduktionen der Löhne über mehrere Jahre geht. Wir sprechen hier von einem Jahr. Ich muss Susan Vogt Recht geben. Jeder soll seinen Beitrag leisten. Ein Jahr auf den Anstieg zu verzichten, das macht weh, das ist mir bewusst, aber das kann jeder verkraften.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen über diese Massnahme ab.

Wir sind 34 Personen, wir haben 17 Ja- und 17 Nein-Stimmen, der Stichentscheid liegt bei mir. Ich bin nicht für die Umsetzung dieser Massnahme und somit gibt es keine Reglementsänderung.

://:

Diese Massnahme wird bei 17 Ja- und 17 Nein-Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Massnahme 8: Abschaffung Winterzulage für EL-Bezüger

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Andreas Bammatter, Präsident: Bestreitet das jemand oder möchte es jemand umsetzen? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit wird auf diese Massnahme verzichtet.

Massnahme 9: Aufhebung der Mietzinsbeiträge

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Andreas Bammatter, Präsident: Bestreitet das jemand oder möchte es jemand umsetzen? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit wird auf diese Massnahme verzichtet.

Massnahme 10: Aufhebung Seniorendienst

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Andreas Bammatter, Präsident: Bestreitet das jemand oder möchte es jemand umsetzen? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit wird auf diese Massnahme verzichtet.

Massnahme 11: Abschaffung Tagesstätte für Betagte

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Andreas Bammatter, Präsident: Bestreitet das jemand oder möchte es jemand umsetzen? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit wird auf diese Massnahme verzichtet.

Massnahme 12: Aufhebung der Beiträge an die Pflege zu Hause

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Andreas Bammatter, Präsident: Bestreitet das jemand oder möchte es jemand umsetzen? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit wird auf diese Massnahme verzichtet.

Massnahme 13: Temporäre Schliessung Heimatmuseum

Empfehlung Gemeinderat Umsetzen

Empfehlung Spezialkommission Umsetzen

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Auf Seite 21 im Textteil des Gemeinderates steht, dass Allschwil attraktiv bleiben soll. Am Zuzügerapéro darf die Präsidentin des Gemeinderates vor allen Anwesenden

ein Bild und Worte bringen. Leute, geht dorthin, dort lernt ihr euren Wohnort kennen. Vor Jahren hat man appelliert, dass die Schulen mehr dorthin gehen sollen. Ich habe ein Konzept geschrieben über dieses Haus, ich habe dort eine Lehrerinnen-Führung gemacht und es waren drei Klassen dort. Es ist ein Teil von Allschwil, wenn wir den zumachen, dann verlieren wir. Wir verlieren viele Möglichkeiten. Dass etwas gehen muss, ist klar. Wir können über die Trägerschaft und das Konzept reden. Aber lasst dies offen, lasst die Leute dorthin gehen und lasst die Schulen daran teilnehmen. Das ist ein Teil der Geschichte und der Wohnkultur von Allschwil. Wenn wir dies zumachen, dann verlieren wir nur.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich möchte kurz einen anderen Hut anziehen, nämlich den als Bürgerrat. Die Bürgergemeinde gibt es auch noch. Wenn sich die Einwohnergemeinde ein bisschen zusammenreisst, dann kann man gerne mit uns sprechen, was mit dem Heimatmuseum passieren soll. Das ist nicht so, dass es einfach zugehen muss. Das kann man durchaus wollen, aber ich finde das eine schlechte Idee. Wir haben im Bürgerrat bereits gesagt, dass wir für Verhandlungen offen sind, was mit dem Heimatmuseum passieren könnte. Der Ball liegt zuerst bei der Einwohnergemeinde.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte diesen Ball von Philippe Hofmann mit seinem Hut als Bürgerrat gerade aufnehmen und ihm diesen wieder zurückspielen. Wir von der FDP-Fraktion finden, dass etwas gehen muss. Wir haben auch vorgängig gehört, dass der Bürgerrat hier bereit ist unter gewissen Bedingungen. Wir möchten heute Abend unsere grosse Bitte an den Gemeinderat aussprechen, dass er auf den Bürgerrat zugeht und mit ihm zusammen anschaut, ob die Trägerschaft nicht auf die Bürgergemeinde übergehen könnte und zu welchen Bedingungen. Ich habe auch mit einer ehemaligen Präsidentin der Heimatmuseumskommission gesprochen, welche erstaunt war, wie viel Geld im Budget drin steht. Bilateral fand sie, dass sie das Gefühl hat, dass es auch ein bisschen günstiger geht. Sie wäre sicher auch eine Hilfe, damit sich der Bürgerrat eine Meinung bilden kann.

Roland Naef, parteilos: Ich möchte anregen, dass wir dies heute aussetzen und bei der Budgetdebatte nochmals bringen. So könnten die Verhandlungen zwischen Bürgerrat und Gemeinderat dann präsentiert werden. Wir können dann entscheiden, ob wir es umsetzen möchten oder nicht. Man kann auch andere Lösungen suchen, vielleicht pensionierte Lehrer, die dann dort sind. Wir sollten es jetzt nicht einfach streichen, sondern bei der Budgetdebatte liegt vor, was zwischen Gemeinderat und Bürgerrat abgelaufen ist.

René Imhof, SVP-Fraktion: Wenn ich das genau lese, dann ist man dran ein anderes Konzept zu finden. Dann kann man wirklich vorübergehend diese Massnahme umsetzen. Das wäre sparen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen über diese Massnahme ab.

://:

Diese Massnahme wird mit umgesetzt.

Es gibt eine Reglementsänderung und es ist eine temporäre Schliessung des Heimatmuseums geplant. Selbstverständlich freuen wir uns, dass sich der Bürgerrat hier erkenntlich gezeigt hat.

Massnahme 14: Wahlhilfe für Jugendliche und junge Erwachsene

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Andreas Bammatter, Präsident: Bestreitet das jemand oder möchte es jemand umsetzen? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit wird auf diese Massnahme verzichtet.

Massnahme 15: Bestattung: Einführung diverser Gebühren

Andreas Bammatter, Präsident: Es gibt am Schluss eine Abstimmung auf Umsetzen oder Verzicht. Ich höre wahrscheinlich das eine oder andere, was man ergänzen könnte. Ich weiss von der eigenen Fraktion, dass es sehr umstritten war.

a) Gebühr Abdankungshalle

Empfehlung Gemeinderat Umsetzen
Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Andreas Bammatter: Wir kommen zur Abstimmung über diese Massnahme.

:::

Diese Massnahme wird grossmehrheitlich abgelehnt.

b) Urnengemeinschaftsgrab

Empfehlung Gemeinderat Verzicht
Empfehlung Spezialkommission Verzicht

:::

Diese Massnahme wird abgelehnt.

c) Gebühr Erdreihengrab

Empfehlung Gemeinderat Umsetzen
Empfehlung Spezialkommission Umsetzen

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP hat klar gesagt, dass wir sparen möchten, aber keine Gebührenerhöhungen, abgesehen von einem Punkt, der später kommt. Das sind Sachen, welche unserer Meinung nach fast ein bisschen pietätlos sind. Es stört mich persönlich und ich finde es nicht richtig. Das sind Leute, die bereits Steuern bezahlt haben in der Gemeinde. Wenn man auf die Welt kommt, bezahlt man zum ersten Mal, wenn man in die Schule geht, bezahlt man auch, man zahlt immer. Jetzt sind wir bei der Beerdigung. Da bezahlt man selber nicht mehr, aber diejenigen, die übrig sind, bezahlen. Die Ansätze, die wir dort haben, sind okay. Wir sind klar der Meinung, dass wir diese nicht hochsetzen sollten. Wir sind beim c, d und e gegen die Umsetzung der Gebührenerhöhung.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Für mich geht es nicht auf, dass man ein Geschäft mit dem Tod macht. Jeder hat einen würdigen Abschied von dieser Welt zugute. Am Schluss soll es nicht aufs Portemonnaie ankommen. Ansonsten kann ich mich meinem Vorredner anschliessen. Für mich geht es moralisch nicht auf.

Semra Wagner, SP-Fraktion: Das ist meine persönliche Meinung. Ich schliesse mich den Vorrednern an. Das ist für mich eine ethische Frage, ob man von Toten oder ihren Angehörigen noch etwas verlangen möchte.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir können uns gewisse Gebührenerhöhungen vorstellen. Uns ist es wichtig, dass am Schluss eine Grundbestattung tatsächlich unentgeltlich ist. So ist es im Reglement vorgesehen, daran sollen wir uns festhalten. Wir haben uns mal durch die Reglemente durchgearbeitet. Wir hatten am Schluss den Durchblick nicht mehr ganz. Wenn es darum geht, dass man die Reglementsänderung macht, dann werden wir prüfen, ob eine Grundbestattung tatsächlich unentgeltlich ist.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über diese Massnahme.

:::

Diese Massnahme wird mit 15 Nein- zu 14 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen nicht umgesetzt.

d) Gebühr Urnen- und Kinderreihengrab

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Umsetzen

Roland Naef, parteilos: Wenn die normalen Gräber gratis sind, dann sollten die Urnen auch gleich folgen. Es kann nicht sein, dass ein Erdreihengrab gratis ist und ein Urnengrab bezahlt werden muss.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Dem Votum von Herrn Naef schliesse ich mich an. Ich sehe nicht ein, dass ein Erdreihengrab gratis ist und diejenigen, die weniger Platz brauchen, müssen etwas bezahlen. Das leuchtet schon allein vom Bodengebrauch nicht ein. Wenn ein Kind auf die Welt kommt, dann kostet das immer. Jede Frau, die gebärt, kann dies nicht zuhause tun, es kostet immer.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Die Vorredner liegen falsch, das Erdgrab ist nicht gratis. Es kostet am meisten von allen, weil es am meisten Boden braucht. Hier geht es nur um eine Erhöhung der Gebühr. Das Urnengrab kostet jetzt auch bereits, es geht auch hier um eine Erhöhung. Die Positionen sind genau gleich wie vorhin, es ist eine Gebührenerhöhung.

Pascale Uccella-Klauser, SVP-Fraktion: Wie Armin Bieri gerade gesagt hat, sterben ist teuer. Ich habe das alles selber mitgemacht, es ist nicht günstig. Wenn ich sehe, dass hier die Gebühren erhöht werden sollen, dann sage ich nein. Es liegt auf der Tasche und dies nicht wenig.

Andreas Bammatter, Präsident: Jean-Jacques, wolltest du nicht einen Antrag stellen?

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke für den Tipp. Die Diskussion war emotional. Für ein Kind, welches wenige Tage oder Monate bei der Familie sein darf, soll die Familie noch mehr bezahlen, das ist störend. Wir fanden es störend, dass beides zusammen ist. Ein Urnengrab ist etwas anderes. Grundsätzlich bin ich der gleichen Meinung wie die Vorredner, bitte nicht die Familien noch mehr belasten, als sie es ohnehin sind.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Es gab eine Uneinigkeit, ob bereits eine Gebühr besteht oder nicht. Sie können es im Text nachlesen. Es besteht zurzeit noch keine Gebühr. Es müsste darum zuerst eine reglementarische Grundlage geschaffen werden. Sie diskutieren darüber, ob es kostenfrei sein soll oder ob künftig eine Gebühr erhoben werden soll. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen davon abzusehen.

Andreas Bammatter, Präsident: Meine Intervention war diesbezüglich, dass ich möchte, dass wir heute Abend wissen, wie man budgetieren muss. In der Fraktion haben wir gesagt, dass wir eine Trennung prüfen. Wir stimmen jetzt über die Massnahme ab.

://:

Auf diese Massnahme wird grossmehrheitlich bei 3 Enthaltungen verzichtet.

e) Gebühr Urnennischen

Empfehlung Gemeinderat Umsetzen

Empfehlung Spezialkommission Umsetzen

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich wiederhole nicht mehr alles. Die SVP-Fraktion ist auch hier der Meinung, dass man diese Gebührenerhöhung nicht umsetzen sollte.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen über diese Massnahme ab.

://:

Auf diese Massnahme wird grossmehrheitlich verzichtet.

PAUSE

Andreas Bammatter, Präsident: Wir fahren weiter, Rahel Balsiger möchte noch eine persönliche Mitteilung machen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Wie Sie alle gehört haben in den Medien sind im Kreuz Bosnien, Serbien und Kroatien grosse Überschwemmungen. Von einem Feuerwehrkollegen die Familie seiner Frau ist grad das ganze Haus weg. Sie sind an mich getreten, ob ich nicht fragen könnte für das, was fehlt, vor allem sind das Kleider. Wenn Sie am Wochenende den Sommerkleiderkasten am Ausstauben sind, dann könnten Sie die Kleider am Wochenende in einem Plastiksack an den Grabenweg 6 stellen. Sie wären sehr froh darum, den Rest organisieren sie selber. Schmeisst bitte keine Kleider weg oder gebt sie an keinen anderen Ort. Bringt Sie an den Grabenweg 6 oder zu mir nach Hause an die Birkenstrasse 10.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir fahren weiter mit den Massnahmen.

Massnahme 16: Outsourcing der Gemeindepolizei

Empfehlung Gemeinderat Verzicht

Empfehlung Spezialkommission Verzicht

Andreas Bammatter, Präsident: Bestreitet das jemand oder möchte es jemand umsetzen? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit wird auf diese Massnahme verzichtet.

Massnahme 17: Erhöhung der Feuerwehropflichtersatzabgabe

Empfehlung Gemeinderat Umsetzen

Empfehlung Spezialkommission Umsetzen

Andreas Bammatter, Präsident: Wir haben gestern beschlossen, dass wir das erhöhen auf 7%. Gibt es jemanden, der darauf verzichten möchte und nochmals darüber abstimmen? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit wird diese Massnahme umgesetzt.

Massnahme 18: Erhöhung der Ersatzabgabe Parkplätze

Empfehlung Gemeinderat Umsetzen

Empfehlung Spezialkommission Umsetzen

Andreas Bammatter, Präsident: Möchte jemand darauf verzichten? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit wird diese Massnahme umgesetzt.

Massnahme 19: Subvention an die Landwirtschaftsbetriebe

Empfehlung Gemeinderat Verzichten

Empfehlung Spezialkommission Verzichten

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion beantragt Ihnen, diese Massnahme umzusetzen. Wir sind beim Thema Sparen und dies wäre im Sinne einer Opfersymmetrie.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Opfersymmetrie. Wer ist hier das Opfer? Das sind die Hochstammbäume, das sind die Vögel, das ist die Natur. Das sind nicht die Landwirtschaftsbetriebe, die hier Opfer sind. Wenn Sie das umsetzen, dann setzen Sie ein Zeichen in die falsche Richtung.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich gehe in die gleiche Richtung wie mein Vorredner. Hier dürfen wir nicht sparen, es gibt andere Orte, wo man vorhin hätte sparen können. Dies wäre ein fataler Eingriff in die Natur, wenn man dies abschafft.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über diese Massnahme.

://

Auf diese Massnahme wird grossmehrheitlich verzichtet.

Massnahme 20: Reduktion Beiträge an Bürgergemeinde

Empfehlung Gemeinderat Verzichten

Empfehlung Spezialkommission Verzichten

Andreas Bammatter, Präsident: Möchte jemand diese Massnahme umsetzen? Das ist nicht der Fall.

://

Auf diese Massnahme wird verzichtet.

Besten Dank, somit sind wir am Ende dieses Teils. Wir kommen jetzt zu den Massnahmen Gruppe B. Die Gemeindepräsidentin hat gesagt, dass ihnen Ihre Meinung wichtig ist. Damit es ein bisschen geordnet ist, wäre es ein Anliegen, dass man die Nummer dazu sagt. Wenn man im Protokoll es dann liest, dann weiss man, weshalb man wo dafür oder dagegen ist. Man sagt zum Beispiel, dass man für Massnahme 22 ist oder dagegen. Es ist wichtig, dass wir diese Absichtserklärungen hören, damit der Gemeinderat diese Hinweise hat. Es gibt keine Abstimmung darüber. Es ist eine Würdigung der Massnahmen B im Kompetenzbereich des Gemeinderates.

Roland Naef, parteilos: Ich hätte fast zu jedem Teil etwas, ich versuche es ein bisschen einzuschränken. Vor allem bei den Massnahmen des Gemeinderates muss man vorsichtig sein, damit wir nicht Sachen abschaffen, welche eigentlich in eine Gemeinde gehören und welche vor allem für die Grösse und die Wichtigkeit der Gemeinde wichtig sind. Wenn man sich zum Beispiel bei CHF 2000 darüber unterhält, ob man den hauswirtschaftlichen Erwachsenenkurs abschafft oder das bekannte Thema GGG und Theater Basel, dann finde ich das unwürdig für diese Gemeinde, die wir sein möchten. Wir möchten eine Gemeinde sein, welche in die Zukunft schaut und am Bachgraben wichtige Betriebe hat, welche diese Sachen auch nutzen. Man kann schon sagen, dass man nie ins Theater oder ins Schwimmbad geht. Man darf nicht gegeneinander aufwiegen, was man macht und was nicht. Man muss aufpassen, dass man gewisse Sachen ernsthaft anschaut und nicht einfach sagt, dass man das streichen kann, wie zum Beispiel die Hauswirtschaftlichen Kurse. Die Bachelor-Arbeiten nicht mehr unterstützen, das bestraft die Jungen. Auf das Standortmarketing verzichten, das ist etwas vom Wichtigsten, was die Gemeinde bringen kann. So könnte ich durch alle Punkte gehen. Wie vorhin gesagt wurde, es ist eine Empfehlung. Es gibt für mich Sachen, welche ernsthaft zu überprüfen sind. Das ist zum Beispiel die Einführung von Parkplatzgebühren für das Personal. Ich bin erschrocken, als ich gelesen habe, dass das Personal gratis Parkplätze hat, das gibt es nirgends mehr. Ich muss überall, wo ich arbeite, bezahlen. Solche Sachen sind sinnvoll. Wenn jemand einen Parkplatz beansprucht, dann soll dieser auch bezahlt werden, unabhängig woher jemand kommt. Ich hoffe, dass die Parkplätze, welche gratis zur Verfügung gestellt

werden, in der Lohnabrechnung als Vergünstigung erscheinen, Klammer zu. Ich könnte zu allen 100 Massnahmen etwas sagen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich äussere mich nur zu den Punkten, wo wir eine Abweichung zum Gemeinderat sehen. Wir fangen an mit der GGG, und das sage ich jetzt nicht nur, weil Rita Urscheler hier im Publikum sitzt. Wir sind für das Beibehalten der Beiträge, das ist ein wichtiges Zeichen für die Partnerschaft mit Basel-Stadt. Die CHF 30'000 stellen einen kleinen Betrag dar im Vergleich zu einer Bibliothek, welche wir selber betreiben müsste. Der Gemeinderat lebt hier nach dem Prinzip, lieber Beton statt Bildung. Wir geben sehr viel Geld aus für teure Schulhäuser und superteure Kindergärten. Und am Schluss ist kein Geld mehr übrig für die eigentliche Bildung, wozu auch die Bibliothek gehört. Punkt 17, Theater, auch da möchten wir nicht sparen. Es ist ein kleiner Betrag, aber es wäre ein falsches Signal in unserer Partnerschaft zur Stadt Basel. Punkt 30, Fachstelle Schuldensanierung. Wir denken, dass es diese Fachstelle braucht, damit Personen mit finanziellen Problemen auf eigenen Beinen stehen können und damit schlussendlich die Fürsorge oder andere soziale Institutionen entlasten. Position 31, Verzicht auf Empfehlungsversand. Da sehen wir keine Einsparmöglichkeit, wir möchten dies beibehalten. Der Empfehlungsversand stellt aus unserer Sicht einen Beitrag dar zur politischen Meinungsbildung und ist ein Beitrag zur funktionierenden Demokratie.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich komme kurz auf Punkt 31 zu sprechen. Jede Partei ist hier gleicher Meinung, nämlich dass man dies beibehalten soll. Auf der anderen Seite möchte ich in die Runde werfen, dass der Empfehlungsversand ein Gewohnheitsrecht ist. Als Partei und als Präsidentin des Wahlbüros müsste ich Beschwerde einreichen, wenn so etwas kommt. Gewohnheitsrecht kann man nicht einfach absetzen.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Ich reihe mich in die Vorredner ein. Punkt 15, GGG, ist ein No-Go. Es ist extrem wichtig und so günstig kommen wir nie zu einer Bibliothek. Punkt 17 ist dasselbe, der Beitrag ans Theater Basel ist für die Lebensqualität und die Ausstrahlung einer Gemeinde wichtig. Punkt 29, Aufhebung der Winterhilfe, Pro Kopf Beitrag. Das ist für diejenigen, die es brauchen ziemlich existentiell. Es sind meistens Pensionierte, welche sonst Ergänzungsleistungen beziehen. Dort sind die CHF 250 ziemlich viel wert. Dasselbe bei Punkt 30, die Fachstelle Schuldensanierung, das ist ein Investment, wo wir insgesamt eher sparen. Das sind Leute, die dazu prädestiniert sind auf der Sozialhilfe zu landen, wenn sie es nicht bereits sind. Diese CHF 26'000 sind schlecht gespart. Bei diesen Punkten sind wir nicht einverstanden mit dem Gemeinderat.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Mein Votum ist das Schlusswort zum Paket B. Für mich ist das Paket B unter den Erwartungen. Ich fordere tiefgreifendere Sparvorschläge. Die FDP-Fraktion ist bereit für die Umsetzung mitzuarbeiten. Es darf keine Tabuthemen geben. Wir behalten uns vor, dort, wo wir es als effektiv erachten, mit Budgetpostulaten nachzudoppeln. Wenn wir jetzt nicht sparen, dann ist eine Steuererhöhung unumgänglich. Die FDP-Fraktion wehrt sich mit Händen und Füßen gegen eine Steuererhöhung. Wir müssen uns jetzt rigoros gesund schrumpfen und sparen. Es gibt nichts anderes als sparen.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Die grundsätzliche Meinung hat Armin Bieri bereits gesagt. Ich habe eine Frage zu Position 2, Abschaffung AG „Hauswirtschaftliche Erwachsenenkurse“ und bei Punkt 16, „Erhöhung der Kursgelder (kostendeckend) der hauswirtschaftlichen Kurse“. Ist das nicht ein Widerspruch oder sind das zwei unterschiedliche Sachen? Wenn wir den Kurs abschaffen, dann können wir die Gebühren auch nicht mehr erhöhen.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich kläre das ab.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: In der CVP-Fraktion haben wir diese Massnahmen, die der Gemeinderat vorschlägt, angeschaut. Wir stimmen bei den meisten Punkten mit dem Gemeinderat überein, ausser bei der Massnahme 31, Verzicht auf Empfehlungsversand bei Wahlen und Abstimmungen. Auch wenn ich den Ausführungen bezüglich Gewohnheitsrecht nicht folgen kann, weil es im öffentlichen Recht kein Gewohnheitsrecht gibt, ist es sehr wichtig und man kann darauf nicht einfach verzichten. Viele

Stimmberechtigte sind sehr froh, wenn sie die Abstimmungs- und Wahlempfehlungen erhalten, das sogenannte Propagandamaterial, darauf sollten wir in Zukunft nicht verzichten.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion haben etwas zu Punkt 15, GGG. Wir finden es wichtig, dass man fördert, dass die Leute und die Kinder lesen. Die Schulklassen lernen die GGG vor Ort kennen. Wenn wir die Angaben anschauen, welche wir mit dem Papier vom 19. Februar erhalten haben, wo drin steht, dass ein Pauschalbeitrag von CHF 30'000 an die GGG bezahlt wird, und die Bevölkerung von CHF 15'000 profitiert, dann ist das für uns eine grosse Differenz. Dort sollte man mit der GGG verhandeln. Beurteilen, ob bei diesen CHF 15'000 alle Leistungen drin sind, können wir nicht. Wir haben uns auch überlegt, ob es für die Gemeinde Allschwil billiger käme, wenn die GGG ihre Leistungen gegenüber der Allschwiler Bevölkerung wie bisher anbietet und nachher der Gemeindeverwaltung eine Rechnung stellt. Wir bitten den Gemeinderat zu schauen, wie er da vorgehen möchte und was die günstigste Variante ist, ohne dass man die Förderung des Lesens einschränkt. Zu Massnahme 31, der Empfehlungsverband bei Wahlen und Abstimmungen. Da möchten wir den Gemeinderat bitten, dass er auch weiterhin bei Wahlen diesen Versand durchführt. Immer mehr Leute in der Bevölkerung haben einen Kleber, dass sie nichts Politisches im Briefkasten möchten. Wahlen sind ein grunddemokratisches Element, ohne das unser Staat nicht funktioniert.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich bin zweimal beeindruckt. Einerseits über die Länge dieser Liste und andererseits über den Spielraum, welchen der Gemeinderat hat zum Sparen. Wir unterstützen, was bezüglich GGG und Theater gesagt wurde. Das ist ein Dauerbrenner, dass man bei der Kultur und beim Lesen kratzt. Für mich kommt das nicht in Frage. Ich habe noch eine Frage. Ich weiss nicht, was Punkt 14 für Konsequenzen hat. Wenn man mir das erklärt, dann könnte ich dazu Stellung nehmen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Familienergänzende Betreuung, Reduktion der Subvention mittels angelaufenem Projekt Famex. Diese Änderung sollten wir erreichen, wenn wir den Subventionsschlüssel generell anpassen. Es sollte so angepasst werden, damit es eine Reduktion der Subventionen gibt. Das ist ein Projekt, wo wir noch dran sind mit Famex zusammen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Wenn ich das richtig verstehe, dann heisst es, dass die Eltern mehr bezahlen müssen.

Arnold Julier, Gemeinderat: So kann man es verstehen. Es ist letztlich eine Entscheidung des Einwohnerrates, da man eine neue Leistungsvereinbarung mit einem neuen Subventionsschlüssel macht.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Als ich mich in Basel zu diesem Thema geäussert habe, habe ich von Herrn Eymann eine Mail erhalten, wo drin stand: Ich empfehle Ihnen dringend, sich in dieser Frage nicht mehr öffentlich zu äussern. Damals war ich angestellt, jetzt bin ich nicht mehr angestellt und darf mich öffentlich äussern. Ich finde es unmöglich, dass man die Elternbeiträge in Allschwil, welche bereits relativ hoch sind, noch mehr erhöht.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Einige Sachen haben wir bereits gehört, ich möchte sie trotzdem noch erwähnen. Punkt 3, Naturschutzkommission oder Umweltkommission sind zwei Kommissionen, welche den Rücken des Gemeinderates decken. Wenn er mit einem Anliegen an uns kommt, Beispiel Bio-Bauer oder das Erholungsareal im Elsass, dann kann er anders mit dem Partner sprechen. Dies weglassen führt zu Interpellationen und Fragen. Es führt schlussendlich zu mehr Arbeit als der Austausch. Bei Punkt 15, GGG, da höre ich immer wieder, dass es ums Lesen geht. Der erste Wunsch, den ein Kind hat, ist das Erlernen der Buchstaben und der komischen Zahlen auf den Autonummern. Es geht nicht nur ums Lesen. Es geht auch ums Verstehen und ums Kennenlernen von Stimmen. Wir können als Schule klassenweise in die GGG gehen, an Lesungen teilnehmen, wo die Stimme liest, welche das geschrieben hat. Sie lernen den Zugang zu Medien. Man kann es nicht vergleichen mit einer Bibliothek bei uns. Es hat auch Medien dort, Internet, man kann sogar gamen. Zwei Drittel des Schulhauses sind regelmässig dort. Es ist eine Chance, um auch später im Berufsleben damit umzugehen. Ein Abo für ein Kind kostet. Auch im Hallenbad finanziert das Abo nicht den Bademeister und das Hallenbad. Das ist nur ein Teil. Die Leistung, die die GGG erbringt, ist viel grösser. Zum Theater möchte ich das Gleiche sagen. Wir haben Chancen als Schule, diese werden gepackt. Ich war letzthin

am Sonntagnachmittag mit einer Klasse im Schauspielhaus, ein Kinderballett für CHF 5. Dies ist möglich, weil die Gemeinde etwas mitbezahlt. So lernt man Kultur und etwas Neues kennen. Bei der Winterhilfe bin ich sehr erschrocken, es könnte auch eine Sommerhilfe sein. Ich mache für mehrere Menschen im vierten und fünften Alter Steuererklärungen. Ein Teil von denen hat keine Pensionskasse, weil sie als Mami allein waren und die Kinder grossgezogen haben, sie haben nur die AHV. Andere haben vielleicht eine Pension von CHF 400 bis CHF 700, damit müssen sie durchkommen. Das ist eine Generation, welche unsere jetzige aufgebaut hat, welche das Fünferli gedreht hat. Für diese ist jeder Beitrag ein Sonnenschein. Man weiss auch, dass diese Generation immer kleiner wird. Wenn wir das abschaffen, dann kann man sagen: Pech für die, die noch leben. Das kann es doch nicht sein.

René Imhof, SVP-Fraktion: Bei Nummer 12, Spitex, bin ich dagegen, dass man dies streicht. Die Spitex ist die Vorstufe des Altersheimes. Das sind viele Menschen, die zuhause gepflegt werden durch die Spitex. Die Altersheime sind überfüllt, es hat also gar keinen Platz. Darum sollte man die Leute unterstützen. Bei Punkt 15, GGG, geht es um Bildung. Ich war schon mal in diesem Laden. Es gibt Leute, welche auch heute noch den Franken umdrehen müssen und froh sind, wenn sie ihre Freizeit mit Lesen ausfüllen können. Deshalb bin ich auch dort dagegen, dass man dies streicht.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich möchte kurz die Chance wahrnehmen, um dem Gemeinderat zu sagen, wie man darüber denkt, auch wenn unser Fraktionssprecher dies bereits gesagt hat. Ich teile die Meinung nicht ganz, dass man hier alles umsetzen soll. Wie Roland Naef es gesagt hat, man könnte zu jedem Punkt etwas sagen. Es gibt hier sicher Sachen, welche man umsetzen kann, andere finde ich absolut nicht richtig. Wir als Einwohnerräte haben nichts zu sagen, das ist Fakt. Es wurde auch gesagt, dass viele Kürzungen, welche hier vorgenommen werden, wenn wir dies umsetzen, neue Begehrlichkeiten wecken. Ob dies dann schlussendlich günstiger kommt, weiss ich nicht. Das heisst, dass auf anderen Wegen Forderungen an uns heran kommen. Ich möchte dem Gemeinderat nahe legen, vorsichtig zu sein, wenn er viele Sachen streicht. Mich beunruhigt auch, dass wir lange über A und B nun diskutieren. Das C ist aber das allerwichtigste. Über wichtige und grosse Punkte können wir uns gar nicht gross äussern. Es wäre mir ein Anliegen, dass wir vertieft und genau schauen können, was bei C machbar ist.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich hoffe, dass wir dem Gemeinderat ein paar Hinweise geben konnten. Ich bedanke mich für die wirklich konstruktive Zusammenarbeit und wir fahren weiter.

5.3 Massnahmen Gruppe C, die vertieft überprüft werden müssen.

Andreas Bammatter, Präsident: Mir ist klar und dem Büro auch, dass wir hier eine relativ hohe Flughöhe haben. Es wurde auch bereits angekündigt, dass der eine oder andere Teil mit einem Postulat verstärkt werden muss. Ich bitte um Wortmeldungen, damit wir sehen, wie wir tendenziell dazu stehen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte nicht auf die einzelnen Massnahmen eingehen, welche hier aufgelistet sind. Sie sind sicher alle wichtig, sodass sie vertieft abgeklärt werden müssen. Mir ist aufgefallen und das finde ich sehr schade, dass nicht alle Massnahmen, welche die Spezialkommission gerne in der Auflistung gehabt hätte, hier Eingang gefunden haben. Deswegen möchte ich den Gemeinderat nochmals auffordern und bitten folgende Massnahmen vertieft abzuklären. Das ist eine Auflistung der Sozialausgaben. Da geht es darum, dass wir sehen, in welchen Bereichen diese entstehen und ob sie von Personengruppen kommen oder ob es Verwaltungskosten sind. Dies ist eine Voraussetzung, damit wir in diesem Bereich überhaupt schauen können, ob es dort Luft gibt. Eine weitere Abklärung ist, wie weit man Sozialhilfebezüger und IV-Bezüger zu freiwilliger Gemeindearbeit verpflichten könnte. Eine weitere Abklärung, wo es um Geld geht, wäre eine Ausarbeitung einer Grundlage für den Einwohnerrat, wenn es um Investitionen geht, mit verschiedenen Varianten. Eine Variante, welche dem Gesetz entspricht, dann eine sogenannte optimale Variante, welche der Gemeinderat empfiehlt, und dann eine zusätzliche Variante, damit wir im Einwohnerrat wählen können. Das tönt jetzt sehr theoretisch, ich möchte darum das Beispiel des Kindergartens nehmen. Dort wäre die kleinste Variante ein Mindeststandard, dann der Vorschlag des Gemeinderates, Zusätze wären dann der Keller, das Oberlicht etc. Wir von der FDP-Fraktion haben über die Spezialkommission die Massnahme 17 eingebracht, ein Stopp für Stellenerhöhungen. Der Einwohnerrat kann Ausnahmen aufgrund eines Bedarfsberichtes beschliessen. Dort sehen wir, dass man sehr schnell einen Umsetzungsvorschlag unterbreiten kann. Die

FDP-Fraktion bittet den Gemeinderat uns dies bei der Juni-Sitzung vorzulegen. Generell hätten wir gerne bei allen C-Massnahmen im September einen Zwischenbericht, damit wir im Einwohnerrat auf dem Laufenden bleiben, wie weit dies geht, damit wir weiter entscheiden können, ob wir mit dem Tempo einverstanden sind oder ob es Korrekturen braucht.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ein paar Worte zu einzelnen dieser insgesamt 18 Punkte. Was sich sicher lohnt zu überprüfen ist Nummer 1. In der Schweiz neigt man generell dazu, sich zu überversichern. Das kann sehr schnell ins Geld gehen. Punkt 3 wäre sehr kontraproduktiv, weil wir dem Grundsatz ambulant vor stationär widersprechen. Es ist etwas anderes, ob wir bei der Pflegeleistung oder bei den hauswirtschaftlichen Leistungen Einsparungen machen. Punkt 5 hat eine sehr knappe Basis, nämlich ein Jahr, worauf wir einen weitreichenden Entscheid bauen. In der Regel geht man davon aus, dass es drei abgeschlossene Jahre braucht, um zu beurteilen, ob man in eine andere Richtung gehen soll. Bei Punkt 7 liegt immer Sparpotential. Gerade in der Informatik kommt der Appetit gerne beim Essen. Es ist immer mehr möglich und mit einer Vereinheitlichung liegt hier sicher einiges drin. Bei Punkt 16 müssen wir aufpassen mit der Konkurrenzfähigkeit, wenn wir hier anfangen zu schrauben gegenüber anderen Arbeitgebern. Punkt 18, Benchmarking ist etwas Gutes und etwas Vernünftiges. Das probiert man seit Jahren in dieser Branche, in der ich tätig bin. Ich warne davor, zu viele Hoffnungen da reinzusetzen. Es ist halt alles überall ein bisschen anders und führt oft nicht dazu, dass viele konkrete Lösungsansätze kommen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe vorhin bei A und B nicht viel gesagt. Wir haben vorhin über 20 Seiten Voten gehört und wie wichtig gewisse Sachen sind und auch nicht. Beim A haben wir CHF 280'000 gespart, im B hat jeder erzählt, was man umsetzen soll und was nicht. Es gibt Sachen, die sicher stimmen. Bei der GGG finde ich auch, dass Bildung wichtig ist, das kann man so behalten. Wenn die Schüler das nutzen, dann ist es wichtig, dass wir dies weiterhin unterstützen. Das sind Sachen, über die wir während zwei Stunden diskutiert haben. Die wichtigen Sachen sind hier im C, da ist viel Geld. Punkt 4, Arbeitsintegration, das muss man unbedingt beibehalten. Das packt das Problem effektiv frühzeitig an und man probiert die Leute in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Überprüfung von Punkt 5 ist wichtig, wie die Zusammenarbeit mit KESB weiterhin funktionieren soll. Es stehen da einige Probleme im Raum. Hier reden wir über viel Geld und genau hier drin sind die Meilensteine, welche Ueli Keller gestern erwähnt hat. Ich finde es darum speziell, dass wir so viele und wichtige Thematiken zusammengefasst auf einer Seite haben, und jetzt sprechen wir kurz darüber. Ich bin nicht zufrieden, wenn da steht, dass gemäss Entscheid des Gemeinderates 2016 oder 2017 eventuell etwas budgetrelevant wird. Ich bin klar der Meinung, dass hier Zwischenberichte notwendig sind. Das sind Punkte, welche die Spezialkommission projektbegleitend weiterhin unterstützen sollte. Bevor die grossen Punkte, welche finanziell so ins Gewicht fallen, finanziell und systemtechnisch, ausgearbeitet sind, darf die Spezialkommission der generellen Leistungsüberprüfung nicht aufgelöst werden.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Auch wir von der GLP/BDP-Fraktion orten das grosse Sparpotential bei den C-Massnahmen. Was sehr erstaunlich ist, wenn man die Massnahmen einzeln anschaut, dann sieht man, dass viele Massnahmen Bereiche betreffen, welche Pflichtaufgaben der Gemeinde sind, zum Beispiel Sozialhilfe, Kindergarten, Schule, Feuerwehr usw. Da muss man Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli widersprechen, welche eingangs gesagt hat, dass 85% der Ausgaben fix und darum nicht beeinflussbar sind. Genau die C-Massnahmen zeigen, dass auch die 85% beeinflussbar sind, indem man Kostenoptimierungen versucht zu machen, indem man Kooperationen eingeht, beispielsweise bei der Feuerwehr, und indem man Effizienzsteigerungen macht. Wir dürfen uns nicht nur auf die freiwilligen Leistungen beschränken, sondern wir müssen uns fest auf die 85% konzentrieren, wo sehr wohl eingespart werden kann. Die C-Massnahmen belegen dies. Wir möchten noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, nämlich der Zeitplan. Es ist die Rede davon, dass die Umsetzung 2016 erfolgen soll. Das geht für uns zu lange, es ist nicht ersichtlich, weshalb wir noch zwei Jahre warten sollen, nachdem der Gemeinderat das Sparpaket um ein bis zwei Jahre verschlafen hat. Wir werden darauf bestehen, dass wir im Budget 2015 bereits Dinge vorfinden werden. Wenn dies nicht so ist, dann muss man sich überlegen, ob man entsprechende Budgetpostulate einreicht oder sogar das Budget zurückweist.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich habe mich am Anfang dieser politischen Debatte sehr zurückgehalten. Jetzt darf ich mich glaub nicht mehr zurückhalten, ich muss es deutsch und deutlich sagen. Ich habe bereits im September 2013 gesagt, dass wir im Herbst angefangen haben mit der Sparmassnahmenrunde. Im Herbst 2013 hat der Gemeinderat dies aufgelegt, ansonsten wären wir heute noch nicht so weit. Es wurde nicht erst dann in Gang gesetzt, als die Fireko den Daumen drauf

gesetzt hat. Da kann man die Budgetdebatte im Dezember 2013 nachlesen, dort habe ich dies bereits gesagt. Wir haben gar nichts verschlafen, Jérôme Mollat. Richtig ist, dass der Gemeinderat das Thema angegangen ist. Innert kürzester Frist konnte Ihnen der Gemeinderat das Arbeitspapier unterbreiten, welches wir heute diskutieren. In diesem Arbeitspapier hat es Massnahmen unter Gruppe C. Das sind Massnahmen, welche eine vertieften Analyse brauchen. Eine vertiefte Analyse heisst, die Angelegenheit gründlich zu machen, um Ihnen nachher zu zeigen, ob in diesen Bereichen tatsächlich ein Sparpotential drin liegt. Das wissen wir alle noch nicht, das wissen Sie nicht, das weiss der Gemeinderat nichts, das weiss niemand. Es ist die Idee, dass man dort genauer hinschaut, bei diesen Bereichen, die wir Ihnen aufgelistet haben. Es kamen noch Bereiche dazu, welche die Spezialkommission vorgebracht hat, was absolut richtig ist. Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen, dass ich bis jetzt vom Einwohnerrat bei keiner Budgetdebatte gehört habe, und ich bin jetzt schon mehrere Jahre hier seit 2000, wo man den Daumen draufsetzen möchte. Immer nur grobe Hinweise, wo man könnte und sollte, aber wirklich konkret kam nichts. Jetzt dem Gemeinderat hier vorzuwerfen, wir hätten etwas verschlafen, ist komplett falsch. Ich war bis anhin wirklich zufrieden, ich fand, dass es eine kooperative Zusammenarbeit ist. Wir alle wissen, dass die finanzielle Situation weder allein beim Gemeinderat noch allein beim Einwohnerrat liegt. Das ist zuhause privat so und es ist in der Politik nicht anders. Der Gemeinderat ist bereit, die C-Geschäfte anzugehen. Es kann nicht sein, dass man dem Gemeinderat sagt, dass er im September 2014 einen Zwischenbericht präsentieren soll. Wenn Sie einen Zwischenbericht möchten, dann kriegen Sie den. Aber ich kann Ihnen jetzt schon garantieren, dass da nicht viel drin stehen wird. Es wäre wichtig, dass Sie mit dem, was Sie in den Händen haben, etwas anfangen können. Nur so kommen wir einen Schritt weiter.

René Imhof, SVP-Fraktion: Mir geht es um Punkt 5: Überprüfen von Alternativlösungen KESB. Früher war es so, dass die Vormundschaftsbehörde mit Laien gearbeitet hat, und relativ gut gearbeitet hat. Sie hatten die Sache im Griff. Vom Preis her konnte man es vertragen. Heute ist es so, dass Juristen, Sozialwissenschaftler einen festen Job bei KESB haben und da gehen die Preise exorbitant in die Höhe. Dort muss man den Finger drauf halten und dies genauer anschauen.

Roland Naef, parteilos: Ich denke, hier sind viele Massnahmen. Ich bin weder mit Jérôme Mollat noch mit Nicole Nüssli einverstanden. Im C liegt am meisten Potential, worüber man streiten und reden kann. Ich unterstütze den Personalstopp sehr, neun neue Mitarbeitende im letzten Info, vier davon Kader-Mitarbeitende, das kostet. Mir fehlt der effizientere Umgang mit den Investitionen, wenn ich in der Zeitung lese, ich nehme an, es wurde gegengelesen: „Er kommt immer mit dem Schulhaus, irgendwann muss man den demokratischen Entscheid akzeptieren. Mit dem vom Stimmvolk abgesegneten Budget habe man geplant“. Vor allem bei den Investitionen muss man effizienter damit umgehen. Wenn ich im Kantonsblatt den Auszug nehme und dann schaue, was ausgeschrieben wurde und man dann die teuerste Fassadenkonstruktion nimmt mit Pfosten/Riegelkonstruktionen und Aluminium, dann könnte man das gleiche auch mit Holzfenster machen, Sparpotential CHF 600'000, Klammer geschlossen. Die Effizienz der Verwaltung zu überprüfen, fehlt mir auch. Die Parkflächen bewirtschaften, das wäre eine grosse Einnahmequelle. Da geht es vor allem um die Fremdparkierer, welche jeden Morgen ihr 68-Auto hinstellen. Und dann die Gebührenordnung, es kann nicht sein, dass man von der Gemeinde her alles gratis zur Verfügung stellt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Bei Punkt 15 bin ich der Meinung, dass dies bereits geklärt wurde, da gibt es nichts mehr zu klären. Die Feuerwehr wird nicht dem BF angeschlossen, die Feuerwehr kann keinen Verbund eingehen. Das ist alles bereits da mit belegten Sachen. Das einzige, was wir machen und das läuft gut, ist mit Schönenbuch zusammen. Ansonsten wird es mit den personellen Ressourcen knapp, wenn wir noch mit anderen zusammenschliessen. Wir können diesen Punkt streichen, denn dies wurde bereits geklärt. Ich möchte etwas sagen zu den Äusserungen von Nicole Nüssli. Ich gehe ganz zurück an den Anfang. Dort hat Thomas Pfaff gross plädiert, dass wir so schnell sind auf der Gemeinde und dass wir super arbeiten. Ich finde das gut und möchte mich hier kurz entschuldigen bei Herrn Schäfer. Ich wusste nicht, dass Sie das gemacht haben. Es war kein Angriff an Sie persönlich. Was ich meine, das hat Frau Nüssli geäussert, nämlich dass es grad übermorgen sei. Sie haben heute Abend zweimal erwähnt, dass ihr seid letzten Herbst dran sein. Wenn ihr im September mit einer Zwischenbilanz kommt, dann ist es ein Jahr. Ein Jahr reicht für eine Zwischenbilanz. Dann kann man nicht mehr so ketzerisch kommen und sagen, man sei so schnell, denn dann braucht ihr lange. Das ist der Widerspruch, und deswegen haben gewisse Leute, ich gehöre auch dazu, ein bisschen gelächelt. Frau Nüssli hat es grad gesagt, dass sie so schnell nicht sein können.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich habe im Dezember bei der Budgetsitzung erklärt, weshalb wir nicht ganz so schnell vorgehen konnten mit der Erarbeitung der Massnahmenplanung. Sie erinnern sich, dass wir damals personell ziemlich unterdotiert waren. Das habe ich dort gesagt, weshalb wir das Thema nicht ganz so schnell und flüssig bearbeiten konnten, wie wir das gewünscht hätten. Ich habe vorhin nur eine Antwort an Jérôme Mollat gegeben, dass wir das Thema erkannt haben und angefangen haben. Wir konnten das nicht so schnell bearbeiten, wie wir uns das gewünscht hätten, das ist eine Tatsache. Das wegen der Feuerwehr nehme ich zur Kenntnis. Ich weiss dies persönlich auch, aber wir dachten, dass es schon längere Zeit her ist, dass wir es angeschaut haben und vielleicht kommt etwas Neues hervor. Zum Personalstopp möchte ich noch etwas sagen. Man erwartet jetzt vom Gemeinderat ziemlich schnell ein weiteres Vorgehen bezüglich der C-Geschäfte. Man muss sich bewusst sein, dass der Gemeinderat dies allein nicht erarbeiten kann. Erarbeiten tut dies die Verwaltung, sprich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Wir haben ganz am Anfang heute bei den A-Massnahmen lange darüber diskutiert, ob wir die Teuerung streichen und ob wir einen einmaligen Verzicht auf einen Stufenanstieg durchziehen. Der Verzicht auf den Stufenanstieg kam nur dank des Stichentscheides des Präsidenten nicht durch. Ich möchte dafür wirklich einen Dank aussprechen, denn es wäre nicht gut. Wir sind angewiesen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und dass sie weiterhin eine top Leistung erbringen, nur so können wir diese Arbeit, die hier verlangt wird, erfüllen. In diesem Zusammenhang möchte ich einen generellen Dank zur Bearbeitung dieses Papiers sagen. Das hat bei der Mitarbeiterschaft gewisse Ängste ausgelöst. Man wusste nicht, in welche Richtung dies gehen wird. Könnte das zu Personalabbau führen. Trotzdem hat jeder Mitarbeitende, der damit beschäftigt war, dies an die Hand genommen und diese Arbeit gemacht. Das können die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch gerne weitergeben.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe überhaupt nicht den Eindruck, dass der Gemeinderat geschlafen hat. Ich habe auch den Eindruck, dass hier sehr fleissig gearbeitet wird. Eher das Gegenteil, manchmal wäre es vielleicht besser ungefähr richtig zu sein als genau falsch. Dieser Detaillierungsgrad ist für alle eine Überforderung, dünkt es mich. Aus dem Verfahren habe ich diesen Schluss gezogen. Ich möchte aber nicht die Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat kritisieren. Es war eine sehr disziplinierte, konzentrierte und engagierte Diskussion, welche heute stattgefunden hat. Ich zweifle wirklich nachhaltig an diesem Verfahren. Nicht nur weil ich gestern diesen Antrag gestellt habe, sondern ich skizziere, was jetzt abgelaufen ist. Ich stelle es mir so vor, vielleicht stimmt nicht alles. Die Verwaltung hat etwas erarbeitet, der Gemeinderat hat es überarbeitet, die Spezialkommission hat es überarbeitet, der Gemeinderat hat es überarbeitet, wir diskutieren es jetzt, der Gemeinderat überarbeitet es dann wieder und gibt es der Verwaltung zum überarbeiten. Ich zweifle, ob man so auf einen grünen Zweig kommt und damit die Finanzen in den Griff kriegt. So wie ich das Verfahren erlebe, habe ich persönlich die Frage, ob ich nicht lieber Postulate stellen soll zu den Fragen, die mir zukunftsorientiert wichtig sind. Ich betone, der Gemeinderat hat nicht geschlafen, es waren alle fleissig, wir haben konzentriert und fair gearbeitet, aber ich habe das Gefühl, dass es das noch nicht ist.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Vielleicht kann ich Ueli Keller ein bisschen beruhigen. Das weitere Vorgehen müsste jetzt so sein, zumindest habe ich diese Diskussion so aufgefasst, dass wir bei diesen Massnahmen von Paket A, welche zur Umsetzung gelangen sollen, eine Reglementsänderung vorbereiten, das läuft quasi parallel. Wichtig ist, dass der Gemeinderat jetzt in den Budgetprozess einsteigt. Da habe ich mir persönlich Notizen gemacht, wo mehrheitlich Voten kamen, wo ich gehört habe, dass man das lieber nicht möchte, dass man die eine oder andere Massnahme im Budget abbildet. Das habe ich mir notiert und das werden wir im Gemeinderat durchgehen. Wir werden dies beachten im Hinblick auf die Budgetierung. In der Budgetphase werden Sie alle definitiv sehen, welche von diesen Punkten wir wirklich umsetzen. Heute sind wir aus meiner Sicht einen Schritt weitergekommen. Man muss sich auch bewusst sein, dass die ganze Sparthematik keine Angelegenheit ist, welche wir einmal machen und dann ist es fertig, und dann sind wieder alle glücklich und wir haben unsere Finanzen im Griff. Das ist ein rollender Prozess, welcher heute seinen Anfang gefunden hat oder noch viel früher im Herbst 2013, und nachher mit der Spezialkommission als nächsten Schritt und nun hier mit der Einwohnerratssitzung. So muss das Vorgehen sein. Parallel dazu werden wir die C-Geschäfte aufbereiten und Ihnen so bald als möglich einen Zwischenbericht geben.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Auch ich habe am Anfang der heutigen Einwohnerratssitzung gesagt, dass man ein Sparpaket nicht in einer Hauruck-Übung machen kann. Wir sind uns alle einig, dass das grosse Sparpotential in der Massnahmengruppe C liegt. Das sind aber auch die grossen Brocken. Grosse Brocken haben es an sich, dass man sie nur schwer bewegen kann. Es braucht eine gewisse Zeit, bis

man hier zu einem vernünftigen Ergebnis kommt. Ich möchte es verdeutlichen an der KESB. Dass das Vormundchaftswesen professionalisiert wurde, ist eine Vorgabe aus dem Zivilgesetzbuch vom Bundesgesetzgeber, und somit letztendlich vom Schweizer Volk bzw. vom National- und Ständerat. Wenn man da sparen möchte, dann ist das eine sehr schwierige Aufgabe und die kann man nicht von heute auf morgen erledigen, das braucht seine Zeit. Ich kann darum den Ausführungen, dass der Gemeinderat geschlafen hat, überhaupt nicht folgen. Im Gegenteil, ich sehe darin die grosse Gefahr, dass wir hier eine grosse Arbeit einfach kurz klein reden und sagen, dass es nichts ist, aber selber hat man es nicht gemacht. Das muss man auch berücksichtigen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich möchte zu Punkt 6 und 7 etwas sage. Hier möchte man das Outsourcing des Abwärtsdienstes prüfen und von Hard- und Software und wahrscheinlich die Betreuung dieser Sachen. In der Privatwirtschaft habe ich festgestellt, dass das Outsourcing früher oder später wieder teurer wird, als wenn man es inhouse behält. Auch grosse Firmen kommen darauf zurück, dass sie die eigenen Leute behalten, die diese Jobs erledigen. Ich habe hier auch ein Problem beim Abwärtsdienst, was ich in meiner beruflichen Tätigkeit feststelle. Wie wollt ihr überprüfen, dass Betriebe, welche Abwärts vermitteln und betreuen, die Personalführung, die Personalabrechnung, AHV, Pensionskasse in Ordnung und korrekt abwickeln? Ich stelle fest, dass genau diese Betriebe ihre Arbeitnehmer gar nicht pensionskassenversichern oder es fällt ihnen drei Jahre später ein. Dann stimmt keine einzige Zahl mehr. Ich habe da grosse Zweifel, ob das Outsourcing viel bringt. Wenn sie günstige Offerten unterbreiten, dann liegt der Preisvorteil ein paar Jahre später für die Gemeinde nicht mehr vor.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Was Ueli Keller vorhin gesagt hat, habe ich wahnsinnig gut gefunden, diesen Eindruck habe ich auch. Oder ich habe nicht den Eindruck, sondern ich habe diese Angst, ich muss das korrigieren. Wir machen jetzt diese Massnahmen, dann stimmen wir den vier Anträgen zu und dann hat es sich erledigt. Jetzt haben wir etwas dafür gemacht und der Rest kommt dann rollend. Ich bin klar der Meinung, dass wir unbedingt zusammen mit dieser Kommission dran bleiben müssen. Wir haben ein finanzielles Defizit. Ich möchte dies auch gegenüber dem Gemeinderat sagen. Ich habe manchmal das Gefühl, dass der Gemeinderat vielleicht das Gefühl hat, man darf mich gerne korrigieren, dass es manchmal ein Gegeneinander ist. Wenn man das Gefühl hat, dass sie dies verschlafen haben, dann teile ich diese Meinung nicht ganz. Teilweise hat er seine Aufgabe richtig gemacht, er sieht die Problematik. Wenn dann solche Voten aus dem Einwohnerrat kommen, dann kann man dies schlecht aufnehmen oder wütend sein. Aber auf der anderen Seite muss man sehen, dass hier drin knapp 40 Einwohnerräte sind, welche sich viele Gedanken machen zum Sparen und zum Defizit der Gemeinde. Das ist ein wahnsinniges gutes Zeichen, dass wir dies so ernst nehmen. 40 Volksvertreter, die sich bewusst sind, dass Allschwil mit einem bereits hohen Steuerfuss jetzt noch ein finanziell grosses Defizit hat, das müssen wir in den Griff kriegen. Da ist das Parlament, sei das links oder rechts, auf einem guten und richtigen Weg, das ist etwas sehr Wertvolles. Und noch eine kleine Randnotiz für Arnold Julier. Ich weiss, immer wieder kommt das leidige Thema KESB. Ich habe das als Mitglied der VB gesehen und ich durfte es als GPK überprüfen. Man hat das alte Recht glaub 1912 ausgearbeitet, dann in den 70er-Jahren angedacht, ein neues System einzuführen, und im letzten Jahr wurde es eingeführt. Dass ein System, welches 100 Jahre alt ist, nach einem Jahr nicht funktioniert, ist jedem klar. Ich fände es gut, wenn du von deinem Departement aus einen Bericht dem Einwohnerrat bringst, wo man sieht, wo die Probleme sind und was man verbessern könnte. Dann könnte man allen diesen komischen Fragen im Rat und der vorhandenen Ungewissheit vorbeugen. Dies einfach als Anmerkung.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich sehe das auch, das ist eine schwierige Situation, aber es ist auch alles neu. Die finanzielle Situation hat René Imhof auch angesprochen, dass man dort schauen muss. Du bist ja in der Fireko, da bist du am richtigen Ort und kannst darauf Einfluss nehmen. Es ist leider so, dass wir ein Budget hatten, welches noch nicht ganz genehmigt ist, aber es kostet schon wieder CHF 50'000 mehr netto als im 2013. Das Problem ist, dass die Kosten weggehen, weil man am Anfang zu wenig Personal hatte und es wurden viele Überstunden gemacht. Das waren am Anfang alles Schätzungen, man hatte keine richtigen Grundlagen. Aber da ist man dran und jetzt ist es ein Jahr im Betrieb. Wenn dies dann richtig läuft, dann können wir davon ausgehen, dass es vielleicht weniger Personal braucht. Wenn der Ablauf eingespielt ist, dann könnte es sein, dass es einen Rückgang gibt. Darum haben wir in der KESB auch Leute, die provisorisch angestellt sind.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich möchte am Votum von Florian Spiegel anschliessen. Ich hatte auch den Eindruck, dass hier 37 Volksvertreter sehr engagiert bei der Sache sind. Ich möchte hier allen herzlich danken für das Engagement. Das hat man auch in der Spezialkommission gespürt und es freut mich

sehr, dass man das hier spürt. Die Meinungen gehen auseinander, zum Teil diametral, das ist klar, aber das spielt in erster Linie keine Rolle. Wichtig ist, dass man die Sachen ausdiskutiert, dass man sich wieder zusammenraufen kann. Dass der Prozess einschläft, da habe ich nicht so grosse Angst, denn jetzt stehen die ganzen Budgetverhandlungen an. Bis im August muss das Rohbudget stehen, das wird eine harte Sache werden. Wir sind dran und wir müssen dran bleiben, damit wir die Kosten in den Griff kriegen. Sparen ist immer ein Prozess, wir haben diesen Prozess einmal in Gang gesetzt und ich denke, das ist auch angekommen. Aus meiner Sicht ist es auch in der Verwaltung angekommen. Man spürt auch in der Verwaltung das Engagement, man hat gemerkt, dass etwas gemacht werden muss. Wir haben viele gute Leute und ich denke, dass wir zuversichtlich in die Zukunft schauen können.

Andreas Bammatter, Präsident: Dann kommen wir jetzt auf Seite 22 zu den Anträgen. Zum Antrag 4: Die Spezialkommission Generelle Leistungsüberprüfung wird aufgelöst. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? Dies ist der Antrag des Gemeinderates. Ich habe von Florian Spiegel etwas dazu gehört.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte unterstützen, dass wir die Spezialkommission noch nicht auflösen. Wir haben die Gruppe C, wo wahrscheinlich der Gemeinderat froh ist, wenn er eine Kommission hat, um vorgängig eine Meinung abzuholen. Wir haben dann noch eine Kommission, die das Ganze begleitet und dann muss nicht jeder einzelne hier im Rat darüber wachen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich kann mich dem nur anschliessen. Wenn wir Antrag 3 anschauen, dann sieht man, dass Absichten bestehen zur Massnahmengruppe C, dies liegt noch nicht vor. So lange dies noch nicht vorliegt, sollte man die Spezialkommission nicht auflösen, sondern sie wird noch gebraucht.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat kann sich diesem Wunsch anschliessen und zieht diesen Antrag zurück. Es macht Sinn, dass wir die Spezialkommission aufrechterhalten.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: In diesem Fall hat sich mein Votum erübrigt. Auch wir erachten diese Kommission als sinnvoll und produktiv.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Wir von der SP-Fraktion stellen noch den Antrag, dass wir den Antrag 2 leicht anpassen. Wir wünschen, dass das Wort „zustimmend“ gestrichen wird. Das würde heissen, dass wir mit allem einverstanden sind, was der Gemeinderat ins Auge gefasst hat, dem können wir nicht ganz zustimmen. Wir stellen den Antrag, das Wort „zustimmend“ zu streichen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich hätte diesen Antrag auch gestellt, dass wir „zustimmend“ streichen. Es ist auch nicht üblich, dass man zustimmend Kenntnis formuliert. Man nimmt Kenntnis und fertig.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat ist damit einverstanden, dass man das „zustimmend“ streicht. Es ist wirklich fragwürdig. Wichtig für den Gemeinderat ist, dass die Massnahmen zur Kenntnis genommen werden.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zu den Abstimmungen der Anträge.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat beschliesst die Umsetzung bzw. den Verzicht der Entlastungsmassnahmen 1 bis 20 in seiner Kompetenz (Massnahmen Gruppe A).

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Absichten des Gemeinderates zu den in dessen Kompetenz liegenden Entlastungsmassnahmen (Massnahmen Gruppe B).

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Absichten des Gemeinderates zu Massnahmen-Gruppe C.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Antrag 4 wurde vom Gemeinderat zurückgezogen.

://:

Das Geschäft als Ganzes ist abgeschlossen.

Wir sind fast am Ende dieser Doppelsitzung. Neben mir von Ihnen aus gesehen auf der linken Seite sitzen zwei Personen, welche jetzt zum letzten Mal hier sind in ihrer offiziellen Funktion im Einwohnerrat, nicht ganz auf der Gemeinde. Ich nutze die Gelegenheit als Präsident die beiden zu verabschieden. Der eine ist unser Volontär, Nils Wicki, er wird uns verlassen. Ich weiss nicht genau wohin, aber er kann das nachher noch sagen, wenn das jemanden interessiert. Ich möchte ihm sehr herzlich danken. Das Büro ist sehr angewiesen und wir alle profitieren davon.

[Anhaltender Applaus]

Sie wissen, dass wir das Glück hatten bei der Vakanz der Gemeindeverwalterin eine gute Person gefunden zu haben mit Gertrud Schaub. Sie hat uns während diesen paar Monaten unterstützt und ein bisschen "Drive" reingebracht. Ich möchte ihr sehr herzlich dafür danken, dass sie eine gute Überbrückung gemacht hat. Dieter Pfister ist hier, er wird anfangen. Heute Abend gilt der Dank ihr, sie wird sehr wahrscheinlich auch am Schlussabend dabei sein.

[Anhaltender Applaus]

[Gertrud Schaub verabschiedet sich mit einigen persönlichen Worten]

Andreas Bammatter, Präsident: Somit ist diese Sitzung geschlossen mit einem sehr zufriedenen Einwohnerratspräsident. Es waren zwei tolle Abende. Allen ganz herzlichen Dank an diejenigen, die hier im Rat sitzen und an diejenigen, die im Publikum sind. Wir haben alle daran gearbeitet und wir dürfen uns auch mal selber feiern.

ENDE